



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein

Sport und Politik

Zwischen
Special Olympics
und Fußball-WM



Inhalt

Sport und Politik	5 – 11
Zahlen zum Sportland Schleswig-Holstein	5
WM-Umfrage: Ist Russland ein geeigneter Gastgeber?	6
Special Olympics in Kiel	8
Im Rückblick: Zahlenlotto und Fußballtoto 1955	10
Geld für Holstein Kiel und Glückwünsche an die SG Flensburg-Handewitt	11
Leichte Sprache: Nachrichten in Internet und in Zeitungen	12
Die Seite für das Ehrenamt	13
Im Zentrum:	14 – 15
Politische Pläne für die Sommerferien	
Plenarberichte	16 – 17
Neue Studie zu NS-Seilschaften, Semesterticket	16
Rauchen im Auto, Plastikmüll	17
Wahlen: Kommunalwahl 2018, Studie zur Kandidatenaufstellung	18
Personalien	19
Politische Bildung: „Länderabend“ Bulgarien, zehn Jahre Landesverfassungsgericht	20
Karl-Marx-Biograf Jürgen Neffe im Interview	21
Ausschüsse	22 – 23
Rocker-PUA, Sitzungstermine bis Jahresende	22
Diskussion über Werbung für Abtreibung	23
Europa: Nordischer Rat, Parlamentsforum, Länderzentrum Niederdeutsch	24
Bücherecke, Impressum	25
Im Porträt: Jörg Nobis (AfD), Aminata Touré (Grüne)	26
Ins Bild gerückt: zu Besuch im Landeshaus	27
Termine, Termine, Termine	28

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

2018 ist ein Sportjahr, sowohl international als auch in Schleswig-Holstein. Die Fußball-Weltmeisterschaft zieht in diesem Sommer wieder Milliarden Menschen auf der ganzen Welt in ihren Bann. Abseits der Spielfelder wird kontrovers diskutiert, ob Russland ein geeigneter Gastgeber für das Großereignis ist. Wir haben Stimmen im Landtag gesammelt.

Sportler aus dem nördlichsten Bundesland haben zuletzt für positive Schlagzeilen gesorgt. Die Handballer der SG Flensburg-Handewitt errangen die Deutsche Meisterschaft, Holstein Kiels Fußballern glückte beinahe der Durchmarsch von der Dritten in die Erste Liga, und der SC Weiche Flensburg 08 holte den Titel in der Fußball-Regionalliga. Um den Spitzensport zu fördern, investiert das Land in die Sportarenen und bemüht sich zugleich, den Sanierungstau bei Bolzplätzen und Schwimmhallen aufzulösen. Wir werfen einen Blick auf die Sportförderung im Lande.

Einen Gegenpol zum kommerziellen Profisport bildeten im Mai die Special Olympics in Kiel. Die Spiele der geistig und mehrfach behinderten Menschen waren ein fröhliches Fest mit olympischem Flair. Die Begeisterung der Athleten war auch bei einem Empfang im Landeshaus zu spüren.

Viel Spaß beim Lesen
und einen schönen Sommer wünscht

Ihre Redaktion

Landtag lädt wieder zum Tag der offenen Tür

Voraussichtlich am Sonntag, den 16. Juni 2019, öffnet der Landtag wieder seine Pforten für alle, die einmal hinter die Kulissen der Landespolitik blicken möchten. Den Tag der offenen Tür im Landeshaus gibt es in der Regel einmal in jeder Wahlperiode, zuletzt vor drei Jahren. Den Termin für das nächste Parlamentsfest, eine Woche vor der Kieler Woche im kommenden Jahr, hat der Ältestenrat Ende April vereinbart. Vor drei Jahren zog der Tag der offenen Tür rund 15.000 Besucher in den Kieler Landtag. Auf dem Programm standen Debatten, Musik, Informationen, Spiel und Unterhaltung.



Buntes Treiben und gute Stimmung herrschten beim Tag der offenen Tür 2015.



Ein Karton voller Protest gegen Fracking: Landtagspräsident Klaus Schlie mit den Vertrauenspersonen der Initiative, dem ehemaligen Piraten-Abgeordneten Patrick Breyer und Reinhard Knof, Vorsitzender der „Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager“ (v.li.).



42.000 Unterschriften zum Schutz des Wassers

Die Organisatoren der Volksinitiative zum Schutz des Wassers haben Ende Mai nach eigenen Angaben 42.185 Unterschriften an Landtagspräsident Klaus Schlie übergeben. Zentrales Anliegen der Initiative ist ein vollständiges Verbot der umstrittenen Fracking-Technik im Lande.

Über Änderungen am Wassergesetz will ein Bündnis aus 14 Institutionen das Fracking bei der Förderung von Erdöl und Erdgas verbieten. Beim Fracking wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien in den Boden gepresst. So entstehen Risse im Gestein, durch die Erdgas entweichen und über Rohre

an die Oberfläche gelangen kann. Kritiker befürchten Gefahren für das Grundwasser. Fracking wird in Schleswig-Holstein nicht praktiziert. Der Landtag hat sich in der vergangenen Wahlperiode einstimmig gegen die Technik ausgesprochen. Den Unterschriftensammlern geht das jedoch nicht weit genug, sie wollen ein rechtssicheres Verbot.

Die Unterschriften werden nun vom Innenministerium überprüft. Damit sich das Landesparlament mit dem Anliegen befassen muss, sind 20.000 gültige Unterschriften erforderlich. Der Landtag muss dann prüfen, ob die Initiative rechtlich zulässig ist und sich bis November inhaltlich positionieren.

Volksinitiative Wind: Entscheidung im Juli

Der Landtag wird voraussichtlich im Juli seinen Beschluss zu einer Volksinitiative fällen, die größere Abstände zu Windkraftanlagen fordert. Eine weitere Initiative zu diesem Thema ist hingegen im April wohl gescheitert.

Die Initiative „Für größere Abstände zwischen Windkraftanlagen und Wohnbebauung“ hat 22.809 gültige Unterschriften gesammelt. Damit wurde die Mindestzahl von 20.000 Unterstützern erreicht. Der Petitionsausschuss hat die Vertreter der Initiative Ende Mai angehört. Im Juli wird der Landtag voraussichtlich über das Anliegen abstimmen.

Lehnt der Landtag das Vorhaben ab, hätten die Initiatoren die Möglichkeit, über ein Volksbegehren einen Volksentscheid herbeizuführen. Die Initiatoren fordern, die Abstände von Windrädern zu Wohnhäusern landesweit auf ein Zehnfaches der Anlagenhöhe, mindestens aber auf 1.000 Meter zu erhöhen.

Demgegenüber hat die Initiative „Für die Durchsetzung des Bürgerwillens bei der Regionalplanung Wind“ das Quorum von 20.000 nicht erreicht. Das Innenministerium zählte lediglich 19.678 gültige Unterschriften. Die Initiative fordert vorm Verwaltungsgericht eine Nachzählung.

Diäten steigen um 2,5 Prozent

Die Entschädigung für die Abgeordneten des Landtages steigt ab dem 1. Juli um 2,5 Prozent von 8.219 auf 8.425 Euro. Grundlage sind laut Paragraf 28 des Abgeordnetengesetzes die Zahlen des Statistikamtes Nord über die allgemeine Einkommensentwicklung im

vergangenen Jahr. Der amtliche Index bezieht sich auf die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer (einschließlich der Beamten) in Schleswig-Holstein.

Wortwörtlich

„Die Gründung der HSH Nordbank war die folgenschwerste Fehlentscheidung, die der Landtag jemals getroffen hat. Es gibt nicht den einen Schuldigen für das Desaster, sondern es handelt sich vielmehr um einen Fall von Kollektivversagen.“

(Tobias Koch, CDU)

„Die finanziellen Lasten des Verkaufs werden uns in den kommenden Haushalten begleiten und sich negativ auf unsere finanzielle Handlungsfähigkeit auswirken – egal wer regiert. Dennoch ist die Entscheidung für einen Verkauf die richtige Entscheidung.“

(Thomas Rother, SPD)

„Blicken wir zurück ins Jahr 2003. Während ich, 13 Jahre alt, gerade an der Realschule sitzenbleibe und nichts davon ahne, 15 Jahre später in diesem Hause eine Rede zum Verkauf der HSH Nordbank zu halten, feiern in Hamburg 4.500 ausgewählte Gäste und Bankerinnen die Fusion zweier Landesbanken. Exklusiv geladen: Bon Jovi. Das Kapitel HSH Nordbank strotzt von Skandalen und Fehleinschätzungen und ist geschrieben mit Arroganz und Gier.“

(Lasse Petersdotter, Grüne)

„Diese Altlast wird nicht nur diesem Landtag, sondern auch zukünftigen Landtagen finanzielle Spielräume nehmen, die man für deutlich bessere Dinge hätte nutzen können. Wir räumen nun gemeinsam quasi die Trümmer weg, die uns frühere politische Entscheidungssträger hinterlassen haben.“

(Christopher Vogt, FDP)

„Lassen Sie uns auch immer daran erinnern, dass Schleswig-Holstein um ein Haar finanziell vollends ruiniert worden wäre. Es ist nicht zuletzt glückliche Fügung, dass sich nicht noch viel mehr Risiken realisiert haben. Derartige Risiken dürfen wir nie wieder eingehen.“

(Jörg Nobis, AfD)

„Wir glauben, dass hier gut verhandelt wurde, und dass die HSH Nordbank in neuer Eigentümerschaft eine gute Chance am Markt hat. Der Verkauf der Anteile ist die vermögenschonendste Variante. Die Alternative wäre eine sofortige Abwicklung der Bank, bei der wir nicht wüssten, wie das Ganze ausgeht.“

(Lars Harms, SSW)

„Aus der Debatte am 26. April über den Verkauf der HSH Nordbank an amerikanische Finanzinvestoren. Der Landtag stimmte dem Antrag der Landesregierung einstimmig zu.“

Landesparlamente wollen sich stärker im Internet engagieren

Die deutschen Landesparlamente wollen verstärkt auf moderne Medien setzen, um den Kontakt zu den Bürgern auszubauen, und sie wollen Hassbotschaften und „Fake News“ im Internet zurückdrängen. Ziel sei es, „die Instrumente der modernen Informationsgesellschaft in einer Weise zu nutzen, welche die parlamentarische Demokratie festigt“, heißt es in der „Ettersburger Erklärung“ der 16 Landtagspräsidenten. Die Parlamentschefs waren Mitte Juni zu ihrer jährlichen Konferenz zusammengekommen, die in diesem

Jahr vom Thüringischen Landtag auf Schloss Ettersburg bei Weimar ausgerichtet wurde.

Anonyme, aggressive Wortmeldungen seien ebenso ein Problem für die Debattenkultur wie Falschbehauptungen oder die Vorsortierung von Informationen durch Konzerne wie Google und Facebook. „Auch die Anbieter großer sozialer Netzwerke haben eine gesellschaftliche Mitverantwortung für die demokratische Diskussionskultur“, stellen die Landtagspräsidenten fest. Für Diskussions Teilnehmer gelte: „Ein Klick im Netz ersetzt

nicht die komplexe Entscheidungsfindung in der repräsentativen Demokratie, die auch mit der Bereitschaft zum Ausgleich der Interessen und zum Kompromiss verbunden sein muss.“

Die Präsidenten kündigen eigene Aktivitäten an: So sollen „unterschiedliche Wege der Beteiligung und des Dialogs mithilfe neuer Medien beschränkt und erprobt“ werden. Ziel seien „eine weitere Sensibilisierung der Bevölkerung im Umgang mit digitalen Medien“ sowie die Stärkung der politischen Bildung. Die Landtagspräsidentenkonferenz unterstreicht: „Die Erschließung des digitalen Raumes als eines Forums politischer Teilhabe ist grundsätzlich bereichernd.“



In der Nähe von Weimar trafen sich die Oberhäupter der deutschen Landesparlamente.

Landtag empfängt Angehörige von Bundeswehrosoldaten

Der Landtag hat Ende April rund 160 Familienmitglieder von Bundeswehrosoldaten empfangen, die zurzeit im Auslandseinsatz sind. „Wir wissen es sehr zu schätzen, dass Sie als Angehörige unseren Soldatinnen und Soldaten den Rücken freihalten. Ohne Sie könnten sie im Einsatz nicht bestehen“, sagte Landtagspräsident Klaus Schlie. Die Familien trügen eine schwere Last und gingen „quasi mit in den Einsatz“. Während sich die Erwachsenen mit Politikern austauschten, stand für Kinder ein buntes Spieleangebot auf dem Programm.

Die Einsatzgebiete der schleswig-holsteinischen Streitkräfte liegen derzeit am Horn von Afrika, im Mittelmeer, in Afghanistan oder Mali. Es war bereits das achte Mal, dass der Landtag die Angehörigen von Soldaten empfing. Veranstaltet wurde der Parlamentsbesuch vom Landtag sowie den Familienbetreuungszentren Kiel und Husum.

Landesbeirat für Menschen mit Behinderung gegründet

Der Landesbeirat zur Teilhabe für Menschen mit Behinderung ist Mitte Mai im Landeshaus erstmals zusammengekommen. Geleitet wird das Gremium vom Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Ulrich Hase. Grundlage für die Arbeit des Beirats ist das im März verabschiedete Teilhabestärkungsgesetz. Der Landesbeirat soll Beteiligungsrechte bei Entscheidungen der Landespolitik stärken und die Arbeit des Landesbeauftragten unterstützen.

„Der Landesbeirat ist ein wichtiges Signal für Menschen mit Behinderung in unserem Land“, so Hase: „Die politische Beteiligung von Menschen mit Behinderung rückt dadurch zunehmend in den Fokus.“ Der Landesbeirat setzt sich aus verschiedenen Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderung zusammen. Dem Aufruf des Landesbeauftragten, gemeinsam den Landesbeirat zu bilden, folgten 17 Organisationen, darunter die Landesarbeitsgemeinschaften der Bewohnerbeiräte und der Werkstattträger.

Durchsuchung von Schnurrbuschs Büro war rechtswidrig

Auf Antrag der Kieler Staatsanwaltschaft hatte die Polizei am 20. Juli 2017 das Landtagsbüro sowie die Wohnung des AfD-Abgeordneten Volker Schnurrbusch durchsucht. Anfang Juni hat das Kieler Landgericht entschieden, dass dies rechtswidrig war.

Hintergrund war ein Eintrag auf einer AfD-Facebook-Seite. Dort soll die linke „Antifa“ mit der nationalsozialistischen SA gleichgesetzt worden sein, und es sollen verbotene Symbole gezeigt worden sein. Der Vorwurf: Schnurrbusch soll als AfD-Pressesprecher presserechtlich für den Eintrag verantwortlich gewesen sein. Der Landtag hatte Schnurrbuschs Immunität teilweise aufgehoben.

Die Richter stuften den Eintrag nun als nicht strafrechtlich relevant ein. Der derzeit nicht öffentlich bekannte Verfasser des Beitrags habe sich deutlich distanziert von der mit dem Symbol verbundenen Bedeutung, wie eine Gerichtssprecherin sagte.

Schnurrbusch, der selbst Beschwerde gegen die Durchsuchungen eingelegt hatte, übte scharfe Kritik an der Staatsanwaltschaft: Er fühle sich als „Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgung“. Auch die Richter schloss er in die Kritik ein: „Dass das Gericht für diese Entscheidung elf Monate benötigt hat, obgleich der Sachverhalt einfach und die Rechtswidrigkeit der Durchsuchungen offensichtlich war, empfinde ich als nur schwer erträglich.“



Deutscher Meister 17/18

www.dkb-handball-bundesliga.de

2020 soll eine Sportentwicklungsplanung für Schleswig-Holstein vorliegen. Das hat der Landtag im vergangenen Herbst dem Innenministerium aufgetragen. Dafür soll zunächst in einer wissenschaftlich begleiteten Umfrage herausgefunden werden, welche Sportarten die Schleswig-Holsteiner betreiben und was sie sich für die Weiterentwicklung des Sports im Lande wünschen.

79 Millionen Euro beträgt insgesamt der Sanierungstau der etwa 3.500 öffentlichen Sportstätten im Lande. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der CDU aus dem Jahr 2014 hervor. Davon entfallen etwa 55 Millionen Euro auf Sporthallen und rund 14 Millionen auf Hallen- und Freibäder.



26 Millionen Euro ist die Mindestsumme, die das Land bis 2030 aus dem 2015 aufgelegten IMPULS-Programm in kommunale Sportstätten investieren will, etwa in Turnhallen, Fußballplätze und Schwimmbäder. In diesem Jahr flossen bereits sechs Millionen Euro in 41 Breitensportprojekte zwischen Ahrensburg und Viöl, weitere zehn Millionen sollen noch dazu kommen.



15 Millionen Euro für „bedeutende Sportstätten“ hat das Land in einem Nachtragshaushalt für 2017 bereitgestellt. Mit sieben Millionen Euro wurde das Stadion des Zweitligisten Holstein Kiel unterstützt. Aktuell sollen **noch einmal zehn Millionen** dazukommen. Weitere Summen gingen an die „Flens-Arena“ der SG Flensburg-Handewitt und an die Lübecker Hansehalle, wo die Zweitliga-Handballer des VfL Lübeck-Schwartau spielen, sowie an Bundesstützpunkte und Leistungszentren.

250 Millionen Euro: So viel Steuern nimmt das Land pro Jahr durch den Sport ein. Das besagt eine Studie des Landessportverbandes und der Industrie- und Handelskammer aus dem vergangenen Jahr. Die Summe entspricht 3,2 Prozent aller Steuereinnahmen des Landes. Dem Gutachten zufolge verzeichnet die Sportwirtschaft einen jährlichen Umsatz von fünf Milliarden Euro, 45.000 Menschen arbeiten sozialversicherungspflichtig in diesem Bereich.

850.000 Menschen sind in Schleswig-Holstein Mitglied eines Sportvereins. Das sind etwa 30 Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Lande gibt es insgesamt 2.600 Sportvereine.

Ergebnisse und Rekorde

Das Sportland Schleswig-Holstein in Zahlen





Ist Russland der richtige Gastgeber für das Fußball- fest?

Gastgeber der Fußball-Weltmeisterschaft ist ein Land, das im Westen vielfach als Aggressor und Störenfried wahrgenommen wird. Russland hat die ukrainische Halbinsel Krim annektiert. Eine russische Rakete soll ein malaysisches Passagierflugzeug über der Ost-Ukraine abgeschossen haben. 298 Menschen fielen dem Anschlag zum Opfer. In Syrien macht der russische Präsident Wladimir Putin gemeinsame Sache mit Diktator Baschar al-Assad, der Krieg gegen die eigene Bevölkerung führt. Im Sport gehen Kritiker von einem staatlich organisierten russischen Doping-System aus. Auch die Lage der Menschen- und Bürgerrechte im größten Staat der Erde wird negativ gesehen. Die „Reporter ohne Grenzen“ listen Russland bei der Pressefreiheit auf Platz 148 von 180 Ländern. Demonstrationen werden oft verboten, die Rechte von Homosexuellen sind genauso bedroht wie die von religiösen Minderheiten. Vereinzelt sind Aufrufe zum Boykott der Weltmeisterschaft zu vernehmen. Wir haben vor der WM Sport- und Europapolitiker aus allen Fraktionen gefragt.

Lars Harms (SSW):

„Ja, denn nur, wenn ein ständiger Austausch mit Russland stattfindet, kann es auch gesellschaftliche Veränderungen in Russland geben.

Russland ist ein fußballbegeistertes Land, dessen Fans es verdient haben, dass ihr Land dieses große Fest ausrichtet. Natürlich gibt es Schwierigkeiten in Russland. Stichworte sind Doping, mangelnde Freiheitsrechte und die Stellung Russlands in der Weltpolitik. Einen dauerhaften Wandel schafft man aber nicht durch Boykott, sondern nur durch Annäherung. Die Ausrichtung der Fußball-Weltmeisterschaft ist Teil einer solchen Annäherung und kann deshalb langfristig auch zu einer noch stärkeren Annäherung Russlands an die westliche Wertegemeinschaft führen.

Der beste Botschafter für Frieden und Menschenrechte ist der Sport. Im Sport sind alle gleich, und nur durch das Zusammenspiel aller kann eine Mannschaft Erfolg haben. Genauso ist es, wenn es um die Weiterentwicklung Russlands geht. Nicht Russland alleine wird es schaffen, sondern nur Russland gemeinsam mit der Weltgemeinschaft. Und dafür steht auch die Fußball-Weltmeisterschaft.“



Rasmus Andresen
(Grüne):

„Nein. Fußball bedeutet Vielfalt, Teamplay und Respekt. Die Fußball-WM soll ein großes leidenschaftliches Fest sein. Aber lässt es sich gut feiern,

während Frauen von ‚engen Verwandten‘ ungestraft geschlagen werden dürfen, Journalist*innen nicht frei berichten können und eine kleine korrupte Elite das Land steuert?

So sehr ich mich auf die Fußballspiele bei der WM freue, Jubelstimmung kommt bei mir nicht auf bei dem Gedanken, dass Fifa-Präsident Infantino gemeinsam mit Wladimir Putin Manuel Neuer am 15. Juli den WM-Pokal überreicht. Die Fifa hat mit Russland den falschen Ort für die WM gewählt. Ich würde mir wünschen, dass die Fifa sich nicht einseitig durch ökonomische Machenschaften leiten lässt, sondern für Menschenrechte und Demokratie einsteht.“




Barbara Ostmeier (CDU):

„Nein, möchte man spontan sagen, doch es bedarf einer differenzierteren Betrachtung. Natürlich muss man sich damit auseinandersetzen, ob es richtig ist, Weltmeisterschaften oder auch Olympische Spiele in autokratischen oder totalitären Staaten auszurichten. Denn diese weltumspannenden sportlichen Ereignisse dienen ja immer auch der persönlichen Imagepflege des jeweiligen Gastgebers. Als Sportpolitikerin weiß ich, dass der Sport Brücken baut und Türen öffnet. Dies erlebten wir bei den Special Olympics in Kiel, aber, mit Blick auf Nord- und Südkorea, auch bei den Olympischen Spielen in Pyeong Chang. Weltmeisterschaften sind völkerverbindend. Allein der Kontakt der Teilnehmenden untereinander ist von unschätzbarem Wert, gerade in Zeiten zunehmender politischer Spannungen. Die Fußballweltmeisterschaft ist die Bühne der Sportlerinnen und Sportler. Ihnen gebührt unser Respekt und unsere Anerkennung unabhängig von den jeweiligen Regierungen. Ich freue mich darauf, spannende, faire und gewaltfreie Spiele zu sehen und drücke unseren Jungs ganz fest die Daumen!“

Volker Schnurrbusch, AfD:

„Ja! Denn wenn die vielen Sonntagsreden stimmen sollen und Sport die Gabe hat, Völker zu verbinden, dann darf man auch bei Russland keine Ausnahme machen. Auch dort sind Millionen von Fußball-Fans zuhause und freuen sich darauf, zum ersten Mal Gastgeber der WM zu sein. Diese Fans sollte man nicht enttäuschen, nur weil manche westlichen Länder Probleme mit der aktuellen Politik des Kreml haben. Nach dieser Logik dürfte ein Land wie Saudi-Arabien nicht am Turnier teilnehmen, weil in diesem fundamental islamischen Staat die Menschenrechte mit Füßen getreten und mit dem Ölgeld der Machthaber Kriege finanziert werden. Doch auch dort wird Fußball gespielt, und bei einer WM zählt nur die sportliche Leistung. Die von Boykott-Aufrufen beschädigten Olympischen Spiele in Moskau 1980 und Los Angeles 1984 haben gezeigt, dass nur der Sport und seine Anhänger litten. Die Politik hat sich dagegen keinen Deut geändert. Daher: Lasst die Spiele beginnen und die Fußball-Fans das hinbekommen, was viele Politiker nicht schaffen: Völkerverständigung!“

Regina Poersch (SPD):

„Ja, genauso richtig oder falsch wie Katar 2022. Ein Fußballfest ist immer auch Begegnung und Völkerverständigung. Sportwettbewerbe bieten Gelegenheiten zum so wichtigen Dialog, gerade auch mit Russland. Und außerdem: Solange Menschen miteinander Fußball spielen, führen sie keinen Krieg.“



„Ja, genauso richtig oder falsch wie Katar 2022. Ein Fußballfest ist immer auch Begegnung und Völkerverständigung. Sportwettbewerbe bieten Gelegenheiten zum so wichtigen Dialog, gerade auch mit Russland. Und außerdem: Solange Menschen miteinander Fußball spielen, führen sie keinen Krieg.“



WM und Olympia oft zulasten von Menschenrechten

Wenn ein sportliches Großereignis ins Land kommt, dann geraten die Menschenrechte regelmäßig ins Abseits – nicht nur in Russland. Darauf hat der Autor und Journalist Ronny Blaschke drei Tage vor der WM-Eröffnung hingewiesen.

Der 37-Jährige, der für die „Süddeutsche Zeitung“ und die „Frankfurter Rundschau“ schreibt, war auf Einladung des Landesbeauftragten für politische Bildung nach Kiel gekommen. Im „Haus des Sports“ diskutierte er mit rund 80 Gästen über das Thema „Spielwiese Menschenrechte“.

Vor der WM seien in Russland 30 Gesetze in Kraft getreten, die die Bürgerrechte einschränkten, berichtet Blaschke: „Der Sport gibt den Vorwand, die Sicherheit hochzufahren.“ Allein im vergangenen Jahr sei die Rekordzahl von 4.000 Demonstranten festgenommen worden. Der gebürtige Rostocker verweist auch auf die katastrophalen Lebensbedingungen der nordkoreanischen Bauarbeiter, die „quasi als Sklaven“ neue Stadion in St. Petersburg und Moskau errichtet hätten: „Viele haben noch keinen Lohn bekommen.“

Schwere Menschenrechtsverstöße habe es immer wieder gegeben, wenn Staaten sich mit Fußball-WM oder Olympischen Spielen im Hochglanzformat präsentieren wollten. So seien in Peking vor Olympia 2008 Tausende Menschen aus ihren Häusern vertrieben worden, um Platz für Stadien, Hotels und U-Bahnen zu schaffen.

Die südkoreanischen Organisatoren der Winterspiele in diesem Februar hätten 30 Hektar jahrhundertalten Wald abgeholzt und Anwohner umgesiedelt, um eine Bobbahn und Skisprungschancen zu bauen – die danach niemand mehr benutze. Brasilien hat als Erbe der WM 2014 leerstehende Riesenstadion und einen Berg Schulden.

Wäre ein Boykott der Russland-WM die passende Antwort auf solche Zustände? Nein, meint Blaschke: „Aktivisten, Helfer und die breite Bevölkerung freuen sich auf die Begegnung mit den Besuchern.“



Kritischer Begleiter der Sportpolitik: Ronny Blaschke



In einer Sitzungspause während der April-Tagung versammelten sich zahlreiche Abgeordnete des Landtages, um einen Gruß an die Teilnehmer der Special Olympics zu schicken.

Special Olympics in Kiel: Olympischer Gedanke in Reinkultur

Das Bild des Spitzensports wird getrübt von Kommerz, Dopingverdacht und Bestechungsvorwürfen. Die Special Olympics bilden einen Gegenpol. Bei den Wettkämpfen der Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung geht es zwar auch um Siege und Medaillen. Aber die Freude am Sport und der Respekt für den Gegner stehen genauso im Vordergrund. Unter dem Motto „Gemeinsam stark“ prägten die Special Olympics Mitte Mai fünf Tage lang das öffentliche Leben in Kiel – auch im Landeshaus, wo Landtag und Landesregierung 500 Sportler und Angehörige zum abendlichen Miteinander luden. Ums Landeshaus herum wurden Tennis und Beachvolleyball gespielt, und die Segler hatten dort ihren Stützpunkt.

Die Schlussbilanz nach fünf sonnigen Tagen fiel rundum positiv aus. 27.000 Besucher wurden an den elf Wettkampfstätten im Kieler Stadtgebiet gezählt. Die vielen Gäste trugen zu „großartigen, stimmungsvollen Spielen“ bei, die „den Athleten unvergesslich bleiben werden“, so Christiane Krajewski, Präsidentin von Special Olympics Deutschland (SOD).

In Kiel waren 4.600 Sportler zu Gast. Mit Trainern, Betreuern, Familienangehörigen und Helfern summierte sich die Zahl der Gäste auf fast 13.000. Die Athleten maßen sich in 19 Sportarten, von Fußball über Reiten und Kraftdreikampf bis zum Bowling. In zahlreichen Disziplinen bilden behinderte und nichtbehinderte Sportler gemeinsame Teams. Die Athleten errangen insgesamt 1.940 Sätze

an Gold-, Silber- und Bronzemedailles. Die besten Wettkämpfer qualifizierten sich für die Weltspiele im kommenden März in Abu Dhabi/Vereinigte Arabische Emirate. Im Jahr 2023 möchte SOD die Weltspiele nach Berlin holen. Hierfür seien die Wettkämpfe im Norden „eine gute Visitenkarte“ gewesen, so Präsidentin Krajewski.

„Ich will gewinnen, doch wenn ich nicht gewinnen kann, so will ich mutig mein Bestes geben!“

Athleten-Eid der
Special Olympics



Auch rund um den Landtag waren die Athleten bei den Special Olympics aktiv...



... auf den Plätzen der Tennisgesellschaft Düsternbrook ging es um Spiel, Satz und Sieg ...

„Türöffner“ für den inklusiven Sport

Stimmen aus der Landespolitik

Andrea Tschacher (CDU): „Der Dank gilt vor allem den Sportlerinnen und Sportlern, die mit ihrer Teilnahme auch den Menschen ohne Behinderung helfen, Barrieren zu überwinden. Ihr sportlicher Einsatz ist der Türöffner zur nachhaltigen Umsetzung von mehr Teilhabe. Sie helfen, Berührungspunkte abzubauen.“

Kathrin Wagner-Bockey (SPD): „Die Special Olympics sind ein wunderbares, inklusives Gemeinschaftserlebnis. Schön wäre es, wenn sie ein Baustein sein könnten zu regelmäßigem Vereinssport für mehrfach behinderte Menschen.“

Rasmus Andresen (Grüne): „Gemeinsam wollen wir mit den Veranstalterinnen und Veranstaltern und dem Landessportverband im Anschluss an die Spiele darüber beraten, wie Sport für Menschen mit Behinderung in unserem Land gestärkt werden kann.“

Jörg Hansen (FDP): „Die Eröffnung und Ausdehnung von Trainingsmöglichkeiten, der erleichterte Zugang zu Sportstätten und die Darstellung eines umfassenden Sportangebots für Menschen mit Behinderung sind unsere erklärten Ziele, um mit den Special Olympics einen nachhaltigen Effekt zu erzielen.“

Claus Schaffer (AfD): „Wenn das verbindende Element der Special Olympics über die Wettkämpfe hinaus wirken und zu einer weiteren Verankerung des Sports geistig behinderter Menschen in der Gesellschaft beitragen würde, hätte diese Veranstaltung ihr wichtigstes Ziel erreicht.“

Lars Harms (SSW): „Wir als SSW könnten uns für die Zukunft vorstellen, ein schleswig-holsteinisches Pendant zu den Special Olympics für unser Bundesland auf die Beine zu stellen.“

Landtagspräsident Klaus Schlie: „Die Special Olympics sind ein tolles Zeichen, um allen Leuten zu zeigen, was Inklusion bedeutet, nämlich ein selbstverständliches Miteinander.“

Ministerpräsident Daniel Günther: „Das Land Schleswig-Holstein ist stolz auf die Special Olympics. Bei den Olympischen Winterspielen Anfang des Jahres in Südkorea waren 3.000 Sportler am Start. Hier sind es mehr als 4.500.“



Beim Empfang im Landtag für 500 Sportler und Angehörige war auch die Musik integrativ: Das gemeinsame Projekt der Band „Godewind“ und der „Kanalrocker“, die in verschiedenen Behinderteneinrichtungen tätig sind, begeisterte mit Hits von Rosenstolz, Mark Forster oder Helene Fischer.



Bei der Inklusion im Sport gebe es noch „viel Luft nach oben“, mahnte Christiane Krajewski, Präsidentin von Special Olympics Deutschland. Lediglich sieben Prozent der geistig Behinderten seien regelmäßig sportlich aktiv. Sie nahm die Landessportverbände und die Vereine in die Pflicht: Es müsse mehr Abteilungen für Special-Olympics-Sportler und mehr inklusive Teams geben.



Mark Solomeyer, Athletensprecher der Special Olympics, dankte der Stadt Kiel und dem Land Schleswig-Holstein: „Wir sind hier ganz toll aufgenommen worden, und wir fühlen uns hier wirklich wohl.“



... gebaggert und geschmettert wurde auf den Beachvolleyballfeldern des Camp 24/7 auf der Reventlouwiese ...



... zur Abschlussveranstaltung trafen sich die Athleten an der Förde, wo zuvor die Segler an den Start gegangen waren.

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat. Diesmal geht es ins Jahr 1955. Das Lotto-Fieber grassiert.



Die Tippscheine wurden in der Anfangszeit des Lottos noch per Hand ausgewertet: in Kiel um 1960 eine reine Frauenarbeit.

1955: Zahlenlotto verdrängt Fußballtoto

Ein Eckpfeiler der Sportförderung ist seit Jahrzehnten das Glücksspiel. In Schleswig-Holstein fließen jedes Jahr mindestens acht Millionen Euro aus den Einnahmen des Nordwestlottos an den Landessportverband und an sportliche Schulprojekte. Mitte der 1950er Jahre entdeckte die Politik die Lotto-Leidenschaft als Einnahmequelle – und brachte damit das bis dahin tonangebende Fußballtoto in Bedrängnis.

Am Anfang stand der neidische Blick nach Berlin. Dort lockte bereits seit August 1945 eine Lotterie nach der Formel „5 aus 90“ mit kleinen und großen Gewinnen. Aus den Einnahmen sollte der Wiederaufbau der kriegszerstörten Metropole mitfinanziert werden. Auch Tipper in Schleswig-Holstein konnten mitmachen. Die Erlöse wanderten an die Spree, der hiesige Fiskus ging leer aus. Ein Umstand, den Finanzminister Carl Schaefer (BHE) im Februar 1955 im Landtag beklagte: In Berlin werde „mit zunehmendem Erfolg eine neue Art des Lotteriespiels, nämlich das Zahlenlotto, betrieben, das infolge der hierfür gemachten Reklame auch in den westdeutschen Ländern in zunehmendem Maße Eingang fand“. Daher sähen sich Schleswig-Holstein, Hamburg und Nordrhein-Westfalen veranlasst, „auch in ihren Ländern ein Zahlenlotto einzuführen“.

Die ersten Glückszahlen, jetzt nach dem System „6 aus 49“, wurden am 9. Oktober

1955 in Hamburg gezogen. 3, 12, 13, 16, 23 und 41 lautete die Reihe. Die Spieler waren von Anfang an begeistert, auch in Schleswig-Holstein. „Das Ergebnis war am ersten Wettsonntag eine Wetteinnahme von 94.000 DM“, berichtete Innenminister Helmut Lemke (CDU) im Februar 1956 vor dem Parlament. Anfang Dezember seien die Einnahmen bereits auf 285.000 DM und Ende Januar auf 331.500 DM gestiegen.

Während die Finanzbehörden jubelten, hatten die Vertreter des Sports Sorgenfalten auf der Stirn. Denn die Lotto-Euphorie ging zulasten des Fußballtotos. Und aus diesem Topf flossen die staatlichen Zuschüsse für den Sport. Viele Tipper zeigten der „Elferwette“ nun die kalte Schulter. Möglicherweise hielt man Lottokugeln für verlässlicher als die Zufälligkeiten eines Fußballspiels. Zudem mussten Spieler des „Nord-Süd-Totos“ sich nicht nur in der

damaligen Oberliga Nord auskennen, in der Holstein Kiel und der VfR Neumünster als schleswig-holsteinische Vertreter unterwegs waren, sondern auch in der Oberliga Süd und der West-Berliner Stadtliga. Manch norddeutscher Tipper dürfte sich am Kopf gekratzt haben, wenn er Begegnungen wie Viktoria Aschaffenburg – SSV Reutlingen oder Wacker 04 Berlin – Alemannia 90 Berlin einschätzen musste.

Innenminister Lemke beschrieb den Trend: „Während das Toto am letzten Wettsonntag vor Einführung des Zahlenlottos mit 377.000 DM eine der höchsten Einnahmen des ganzen Jahres zu verzeichnen hatte, ist der Umsatz seitdem zurückgegangen.“ Das Lotto setzte sich durch, obwohl es zunächst keinen Hauptgewinner gab. „Sechs Richtige“ wurden erst bei der sechsten Ausspielung am 13. November 1955 getippt. Drei Sieger konnten sich über jeweils 59.492 DM freuen.

Der Toto-Absturz rief im Landtag die oppositionelle SPD auf den Plan. Der Abgeordnete Erwin Lingk befürchtete, „dass bei einer weiteren Steigerung der Beteiligung am Zahlenlotto wirklich erhebliche Abbrüche beim Fußballtoto eintreten werden“. Lingk sah „die Durchführung der Aufgaben des Sportförderungsausschusses im Landessportverband“ bedroht.

„Die Leute spielen Toto und Lotto statt zu spenden.“

Die Lösung: Lotto- und Totogelder landeten ab 1956 in ein und demselben Topf, und der Sport profitierte weiter von der Tippleidenschaft. Der SPD-Parlamentarier Eugen Lechner war dennoch nicht glücklich. Er beklagte, dass die Menschen offenbar nicht mehr freiwillig für die gute Sache spendeten, sondern ihr Geld nur noch herausrückten, wenn ein Gewinn lockte: „Sie wissen ja, dass die Gebefreudigkeit der Menschen beachtlich nachgelassen und sich zur Betätigung beim Toto und beim Lotto verlagert hat.“



20 Millionen Euro für Holstein Kiel und den Breitensport

Das Land will weitere 20 Millionen Euro für den Ausbau von Sportstätten bereitstellen. Das Geld soll je zur Hälfte in das veraltete Stadion des Fußball-Zweitligisten Holstein Kiel und in den Breitensport fließen. Die von Jamaika angekündigte Finanzspritze stieß in der Juni-Sitzung auch bei der Opposition auf Zustimmung.

Hintergrund: Das Holstein-Stadion hat mit der rasanten sportlichen Entwicklung nicht Schritt gehalten. Der Verein spielt derzeit mit einer Ausnahmegenehmigung des Profiverbandes Deutsche Fußballliga (DFL) in der zweithöchsten Spielklasse. Bei einem Aufstieg ins Oberhaus, den die „Störche“ in der vergangenen Saison nur knapp verpassten, hätte sogar ein Zwangsumzug in eine andere Stadt gedroht.

Christopher Vogt (FDP) kritisierte die DFL, die eine „Posse“ um einen möglichen Umzug losgetreten habe. Er betonte, dass das Land die Kieler Profis nicht dauerhaft bezuschussen werde und unterstrich: „Auch bei anderen Vereinen würden wir uns so verhalten.“ Kleineren aber erfolgreichen Vereinen dürfe nicht die Chance auf den Aufstieg verwehrt werden, nur „weil das Stadion nicht chic genug ist“, sagte Eka von Kalben (Grüne). Die Arena muss nach DFL-Vorgaben mindestens 15.000 Zuschauern Platz bieten, darunter sollen 8.000 Sitzplätze sein. Derzeit sind es 11.000 Plätze, darunter 2.500 Sitzplätze. Allerdings: Die Summe soll nur fließen, wenn sich die Stadt und die Sponsoren der KSV Holstein mindestens mit der gleichen Summe beteiligen. „Alles, was jetzt noch fehlt, ist die Zusage der Stadt Kiel“, mahnte CDU-Fraktionschef Tobias Koch und forderte „umgehende Entscheidungen“. Das Land hatte bereits im vergangenen Jahr sieben Millionen Euro für den Stadionausbau bereitgestellt (s. Seite 5).

Kathrin Wagner-Bockey (SPD) pochte darauf, dass die Landeszuschüsse an Bedingungen geknüpft sein müssten, etwa die „Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen im Sport“. Sie spielte darauf an, dass Holstein zwischenzeitlich erwogen hatte, seine Fußballfrauen aus Kostengründen auszugliedern. Solche Vorgaben hielt Frank Brodehl (AfD) für „ideologisch-floskelhaftes Geplänkel“. Die KSV Holstein sei bereits sozial stark engagiert und biete etwa

Auch wenn es mit dem Aufstieg in die Fußball-Bundesliga nicht geklappt hat: Die sportlichen Leistungen von Holstein Kiel waren Landtag und Landesregierung eine Würdigung wert. Landtagspräsident Klaus Schlie und Ministerpräsident Daniel Günther (hinten, im blauen Fantrikot) empfingen die Kicker am Tag nach dem verlorenen Aufstiegsspiel gegen den VfL Wolfsburg im Landeshaus. Es gab Kuchen und aufmunternde Worte für die „Störche“, wie hier für Dominik Schmidt, Dominick Drexler und Niklas Hoheneder.

Livereportagen für Sehgeschädigte oder ein Sozialprojekt für junge Fans. Lars Harms (SSW) betonte: „Wir brauchen eine Verstärkung der Mittel für die Sportstättenförderung – sei es für den professionellen Bereich als auch für den Breitensport.“

„Antragsflut“ bei Fördermitteln für die Kommunen

Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) berichtete von einer „Antragsflut“ bei der Sportförderung des Landes. Für „kommunale Spielfelder- und Laufbahnsanierungen“ seien bis April bereits Zuschüsse von 9,5 Millionen Euro beantragt worden. Damit sei das Programm um 3,4 Millionen Euro überzeichnet. „Wir haben uns vorgenommen, alle richtlinienkonformen Anträge in diesem Jahr positiv zu bescheiden und zu genehmigen“, so Grote.

Applaus für Flensburgs Handballer

Freude, Glückwünsche und viel Lob – so reagierte die Landespolitik auf den Flensburger Handball-Triumph Anfang Juni. Die SG Flensburg-Handewitt hatte sich am letzten Spieltag der Saison die Deutsche Meisterschaft gesichert. Es war der zweite Meistertitel der Vereinsgeschichte nach 2004. Seitdem hatten die Flensburger sieben Mal den zweiten Platz belegt.

„Unser Dank gilt den hervorragenden Spielern, die vielen Nachwuchssportlern als Vorbild dienen“, sagte CDU-Fraktionschef Tobias Koch. Sein SPD-Amtskollege Ralf Stegner blickte auf das dramatische letzte Spiel, das die SG gewinnen musste, um den Titel in den hohen Norden zu holen: „Der ‚ewige Zweite‘ brauchte in dem Herzschlagfinale gegen Göppingen unbedingt einen Sieg, selbst ein Unentschieden hätte nicht gereicht. Die mentale Leistung, die hinter dieser Meisterschaft steht, kann nicht hoch genug bewertet werden.“ Am Ende stand es 22:21 für die SG.

Für die Grünen strich der Flensburger Abgeordnete Rasmus Andresen heraus: „Die SG ist ein sympathischer Verein, der es seit mehreren Jahrzehnten trotz kleinerem Etat als viele große Vereine schafft, in der internationalen Spitze mitzuspielen.“ Und Jörg Hansen (FDP) wies darauf hin, „dass Schleswig-Holstein neben dem Fußball vor allem ein Handballland ist. Wir wünschen uns, dass dies in der öffentlichen Wahrnehmung und auch in der medialen Präsenz noch mehr in den Fokus rückt.“

Nachrichten in Leichter Sprache

Wer mehr über die neuesten Ereignisse in der Politik wissen möchte hat dazu viele Möglichkeiten. Auch in Leichter Sprache gibt es Internet-Seiten und Zeitungen.



Im Internet gibt es ein Mal in der Woche einen Über-Blick über die neuesten Nachrichten. Die Seite heißt Nachrichten Leicht. Der Deutschland-Funk in Köln macht die Seite. Hier gibt es Texte zum Lesen und auch zum Hören. Der Deutschland-Funk macht auch Radio-Nachrichten in Leichter Sprache. Jeden Freitag-Abend um 20 Uhr nach den Nachrichten in schwerer Sprache.

Internet

www.nachrichtenleicht.de



Der Nord-deutsche Rund-Funk berichtet über Ereignisse in Schleswig-Holstein. Und über andere Länder in Nord-Deutschland. Hier gibt es Texte zum Lesen und zum Hören.

Internet

www.ndr.de eintippen und dann ganz unten bei Service auf Leichte Sprache im NDR klicken.

Der Nord-deutsche Rund-Funk bringt auch im Fernsehen Texte in Leichter Sprache und zwar im Tele-Text. Hierfür muss man auf der Fern-Bedienung den Tele-Text einschalten und 565 eintippen.



Wie arbeitet der **Land-Tag** von Schleswig-Holstein? Ein neues Heft erklärt das. Darin steht was der Land-Tag ist. Und was die Politiker im Land-Tag machen. Und wer sie wählt.

Das Heft hat 80 Seiten. Man kann es kostenlos beim Land-Tag bestellen. bestellung@landtag.ltsh.de



Klar und deutlich heißt eine Zeitung in Leichter Sprache.

Die Zeitung gibt es bei der Bundes-Zentrale für politische Bildung. Man kann sie im Internet bestellen.

www.bpb/shop

Das Parlament ist eine Zeitung vom Bundes-Tag in Berlin.

Auch da gibt es Nachrichten in Leichter Sprache.

Man kann die Zeitung im Internet bestellen.

www.dasparlament.de eingeben

und ganz oben auf Leichte Sprache klicken.

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Kommunalwahl/Datenschutz: Kandidaten bei Kommunalwahlen müssen auch in Zukunft ihre Wohnanschrift veröffentlichen. Ein Vorstoß der AfD, diese Pflichtangabe in eine freiwillige Auskunft umzuwandeln, stieß im Landtag auf breite Ablehnung. Wer sich um ein Mandat bewirbt, muss demnach weiterhin neben seinem Namen die Adresse, den Beruf oder Stand, das Geburtsdatum und die Staatsangehörigkeit offenlegen.

„Wir wollen die Entscheidung über solch sensible Daten in die Hände der Betroffenen legen“, begründete Claus Schaffer (AfD) in der April-Sitzung den Antrag und verwies auf zahlreiche Übergriffe gegen Kandidaten. Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) betonte im Innen- und Rechtsausschuss dagegen, die Offenlegung sei „hinzunehmen“ und stehe im Einklang mit der EU-Datenschutzgrundverordnung: „Bewerber treten aus freien Stücken an die Öffentlichkeit.“

Auf Basis einer von CDU, SPD, Grünen, FDP und SSW vorgelegten Resolution verurteilte der Landtag zudem einstimmig Attacken während des Wahlkampfes. Laut Minister Grote gab es im vergangenen Jahr 274 solcher Fälle im Lande. Das Landeskriminalamt habe 178 Sachbeschädigungen registriert, vor allem lädierte Plakate, eingeworfene Scheiben und beschmierte Hauswände. Bei den Angriffen auf Personen seien insbesondere AfD-Kandidaten betroffen gewesen.

Förderlotse Kultur: Ein „Förderlotse“ soll künftig ehrenamtlich Engagierte in den Bereichen Kultur und Bildung unterstützen. Die Stelle soll beim Landeskulturverband angesiedelt werden. Kernaufgabe: die Beratung von Kulturschaffenden beim Einwerben von Fördermitteln. Die Landesregierung soll die notwendigen Finanzmittel ab dem 1. August zur Verfügung stellen. Ein entsprechender Jamaika-Antrag stieß im April auf breiten Zuspruch. Lediglich die AfD war dagegen. Ob der Posten dauerhaft

besetzt wird, soll Mitte 2021 entschieden werden.

Kita-Reform: Die Qualität in Schleswig-Holsteins Kindertagesstätten soll steigen. Kinder sollen besser und umfassender betreut, Eltern und Kommunen zudem finanziell entlastet werden. Familienminister Heiner Garg (FDP) kündigte in der April-Sitzung eine Vielzahl von neuen Regelungen an, die ab 2020 greifen sollen. So soll das „unüberschaubare Finanzierungssystem“ entzerrt, Verwaltungsaufwand abgeschafft und landeseinheitliche Standards – etwa bei Sprachförderung, Gesundheit, Inklusion oder Medienkompetenz – erstellt werden. Zudem sollen Elternbeiträge künftig gedeckelt und landesweit vereinheitlicht werden. Die Kita-Reform gehöre zu den „Leitprojekten“ der Jamaika-Koalition, unterstrich Garg. Bis 2022 werden laut dem Minister zusätzlich 481 Millionen Euro fließen. Davon seien 210 Millionen Euro für Qualitätsverbesserung, 136 Millionen für die Entlastung der Eltern und 135 Millionen Euro für die Entlastung der Kommunen vorgesehen. Die Opposition äußerte Zweifel, ob die Mittel ausreichen.

Schulsanierung: Die Schulen im Lande bekommen weiteres Geld für Sanierungen, Umbauten, Erweiterungen und gegebenenfalls auch Neubauten. Aus dem zweiten Kommunalinvestitionsprogramm des Bundes fließen weitere 99,5 Millionen Euro in diesem Jahr nach Schleswig-Holstein, erklärte Bildungsministerin Karin Prien (CDU) in der April-Sitzung. Das Land stellt über das Infrastruktur-Programm IMPULS weitere 50 Millionen Euro zur Verfügung. Auch das Programm für die Instandsetzung von Schultoiletten wird fortgesetzt. Die Bildungsministerin erinnerte daran, dass die Verantwortung für die Schulgebäude in erster Linie bei den Schulträgern liege. „Aber die Kommunen können diese Aufgabe nicht alleine stemmen. Es gibt einen großen Sanierungsstau“, so Prien. Die Opposition

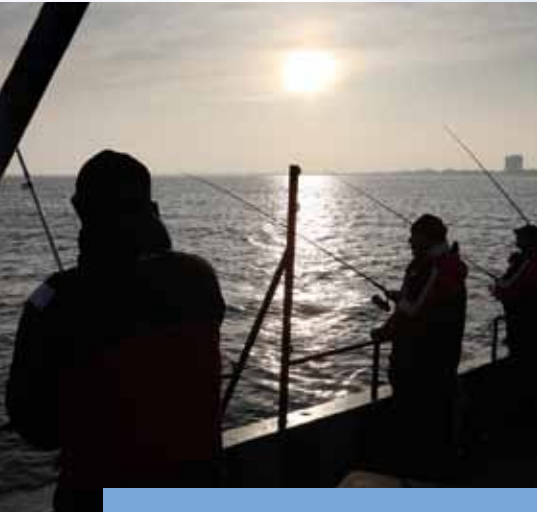
kritisierte, das Antragsverfahren sei zu kompliziert, die Weiterleitung des Geldes dauere zu lange und die Schulen hätten somit wenig Sicherheit.

Kommunaler Wohnungsbau: Der Landtag plädiert für ein Maßnahmenpaket, um den kommunalen Wohnungsbau voranzutreiben. So soll die Landesregierung die im Landesentwicklungsplan festgeschriebenen „Grenzen der wohnbaulichen Entwicklung in den Regionen“ ändern. Außerdem soll über die Landesbauordnung die Nachverdichtung forciert werden, um Baulücken in Siedlungsgebieten schließen oder Gebäude aufstocken zu können. Einzig die SPD enthielt sich zu dem Jamaika-Antrag. Sie hatte sich für die verstärkte Förderung von Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften und die preisgünstige Überlassung von Liegenschaften des Bundes und des Landes ausgesprochen. Laut Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) braucht Schleswig-Holstein bis 2030 zwischen 122.000 und 154.000 zusätzliche Wohnungen.

Ehrenamtliche Jugendarbeit: Im Februar sorgte der Fall einer jungen Frau aus der Nähe von Rendsburg für Schlagzeilen. Sie machte bei der Sportjugend Schleswig-Holstein einen mehrtägigen Kurs für die Jugendleitercard („Juleica“). Anschließend musste sie ihren Verdienstaufschlag selbst tragen, weil ihre Unterlagen für die Kostenerstattung durch das Jugendamt offenbar verloren gegangen waren. Dabei ging es um 425 Euro, die sie nicht vom zuständigen Amt der Stadt Kiel zurückgezahlt bekam. Die SPD forderte daraufhin, die Erstattung des Verdienstaufschlags zu erleichtern und die Freistellungsverordnung entsprechend zu ergänzen. Ende Mai rief der Sozialausschuss das Sozialministerium auf, die Verordnung zu überprüfen. Die Regelung läuft im Januar 2020 aus. Laut Sozialministerium hat sie sich bislang aber im Wesentlichen bewährt.

Pläne für die Sommer

Mehrere Debatten im Landtag befassten sich in den vergangenen Wochen mit der schulfreien Zeit, mit Urlaub und mit Freizeit.



Strengere Auflagen für Hobby-Angler

Wer mehr Dorsche angelt als erlaubt, soll künftig schneller bestraft werden. Das sieht ein von der Landesregierung vorgelegter Entwurf zur Änderung des Fischereigesetzes vor, den der Landtag im April an den Umwelt- und Agrarausschuss überwiesen hat.

Freizeitangler, die mit Boot oder Kutter auf der Ostsee unterwegs sind, dürfen pro Tag maximal fünf Dorsche aus dem Meer holen. Das besagt eine EU-Verordnung aus dem Jahr 2016, die für weite Teile der deutschen, dänischen und schwedischen Küsten gilt. Wer mehr Dorsche fängt, muss mit einer Geldstrafe rechnen. Das Umweltministerium will diese Strafandrohung nun präziser und schärfer fassen. Künftig sollen die Fischereiaufsichtsbeamten oder ihre Fischereiaufsichtsassistenten gleich beim ersten Verstoß eine Geldstrafe verhängen können. Bisher ist dies erst möglich, wenn ein Hobby-Angler zum zweiten Mal ertappt wird. Beim ersten Mal gibt es bislang lediglich eine Verwarnung. Wie hoch die Strafzahlung ausfällt, regelt der Gesetzentwurf nicht.

Neben den Berufsfischern holen auch die Freizeitangler erhebliche Mengen aus dem Meer, wie das Ministerium betont: „Beim Dorsch lagen beispielsweise die Fänge der deutschen Freizeitfischerei in den Jahren 2014 bis 2016 nach den Untersuchungen des Thünen-Instituts für Ostseefischerei in etwa in der gleichen Größenordnung wie die Fänge der deutschen Erwerbsfischerei.“ Eine Tagesfang-Obergrenze sei auch für andere Fischarten wie Lachs und Meerforelle denkbar. Anbieter von Angeltouren haben sich skeptisch zu den Tagesfang-Limits geäußert und befürchten, dass weniger Touristen einen solchen Törn buchen.



Inseln und Halligen: Streit um Kurabgabe für Tagesgäste

Wer sich auf Föhr, Amrum oder Sylt erholt und dort Strände und Promenaden nutzt, der soll sich auch an den Extra-Kosten der Inselgemeinden für ihre Tourismus-Infrastruktur beteiligen. Allerdings: Die entsprechende Kurabgabe zahlen zurzeit hauptsächlich jene Urlauber, die auf der Insel übernachten. Sie werden im Hotel oder in der Pension abkassiert. Tagesgäste hingegen umgehen oft die Zahlpflicht. Das wollte die SPD per Gesetzentwurf ändern – stieß allerdings auf wenig Zuspruch.

Die Fährreedereien könnten die Abgabe für die Inselgemeinden eintreiben, so Regina Poersch (SPD) in der April-Sitzung. Mit einer Änderung des Kommunalabgabengesetzes wollte sie den Kommunen diese Möglichkeit eröffnen. Sie greife damit einen Vorschlag der Insel- und Halligkonferenz auf, betonte Poersch. In Niedersachsen werde es bereits ähnlich gemacht. Es gehe darum, eine Rechtsgrundlage zu schaffen – „keiner wird gezwungen“.

Jamaika, AfD und SSW waren dagegen. Es sei ein erheblicher Aufwand für die Reedereien, „zu differenzieren, wer ist Tagesgast, Urlauber, Familienbesucher oder Geschäftsreisender“, merkte Klaus Jensen (CDU) an. Auch

Andreas Tietze (Grüne) war dagegen, „dass die öffentliche Hand so weit eingreift in die unternehmerische Selbstbestimmung“. Statt einer gesetzlichen Regelung setzte er auf eine „Mediation“ zwischen den Inselgemeinden und den Reedern, die momentan zerstritten seien. Im Juni scheiterte der Vorstoß endgültig im Landtag.



ferien



Kürzere Sommerpause, dafür Winterferien?

Sollen einige Tage der Sommerferien abgeknappt werden, damit es im Februar eine Woche Winterferien gibt? 5.864 Schleswig-Holsteiner haben diese Forderung auf der Internet-Plattform „openPetition“ unterstützt. Der Bildungsausschuss hat Anfang Juni beraten.

Er sei überrascht über die große Beteiligung an der Internet-Aktion gewesen, sagte der SPD-Abgeordnete Kai Vogel, der den Punkt auf die Tagesordnung gesetzt hatte. Die Politik müsse den Anstoß aufgreifen und „über das Thema nachdenken“. Allerdings, das wurde in der Ausschusssitzung deutlich, wäre ein Umbau der Ferienstruktur kompliziert. Denn die Gesamtzahl von 75 schulfreien Tagen, die jedes Bundesland vergeben kann, ist festgeschrieben. Zwischen den Ferien sollen jeweils mindestens sechs Wochen Schulzeit liegen. Feiertage und Abi-Termine müssen beachtet werden. Und Schleswig-Holstein muss sich mit den anderen Ländern abstimmen, und zwar auf mehrere Jahre im Voraus. Spielraum für eine Ferienreform gäbe es erst ab dem Schuljahr 2024/25, betonte Bildungsstaatssekretärin Dorit Stenke.

Anita Klahn (FDP) äußerte dennoch Sympathie für den Vorstoß. Er biete eine Woche Erholung im Grippemonat Februar, „damit sich alle auskurieren können“. Außerdem sei Schleswig-Holstein eines von nur fünf Ländern ohne Winterferien, so Klahn. Auch der Nachbar Hamburg hat die Winterpause. Und Jamaika hat im Koalitionsvertrag eine „Harmonisierung der Ferienregelungen“ mit der Hansestadt als Ziel ausgegeben. Der Bildungsausschuss will das Thema weiter verfolgen und „zu gegebener Zeit“ wieder aufgreifen.

Schulen sollen Ferienbetreuung anbieten

Die Grundschulen und Förderzentren im Lande sollen auch während der Ferien ein Betreuungsangebot für ihre Schüler bereithalten. Diese Forderung des SSW hat Jamaika im April aufgegriffen. Die Landesregierung soll nun ein Konzept zur Ganztagsbetreuung entwickeln und dabei insbesondere die Ferienzeit in den Blick nehmen.

„Heute arbeiten immer öfter beide Elternteile“, begründete Jette Waldinger-Thiering (SSW) den Antrag. Selbst wenn beide Partner während der Schulferien ihren Urlaub aufteilen, sei nicht immer ausreichend Zeit, „um immer für die Kinder da zu sein“. Tobias Loose (CDU) bezifferte die Kosten für die Ferienbetreuung auf drei Millionen Euro jährlich. Bildungsministerin Karin Prien (CDU) begrüßte den Vorstoß. Ihr Haus werde das Thema in dieser Legislaturperiode angehen.



Neue Studie soll NS-Seilschaften aufdecken

Die vom Landtag in Auftrag gegebene Studie zur NS-Vergangenheit von Abgeordneten und Regierungsmitgliedern hat bei ihrer Veröffentlichung vor zwei Jahren große Aufmerksamkeit erregt. Eine Kernaussage: Ehemalige Nationalsozialisten haben die Landespolitik bis in die 1980er Jahre hinein mit geprägt. Zwischenzeitlich waren mehr als die Hälfte der Landtagsabgeordneten einstmalige „Parteigenossen“. Nun soll das Forschungsprojekt weitergeführt werden. Das sieht ein gemeinsamer Antrag von Jamaika, SPD und SSW vor, der im April einstimmig verabschiedet wurde.

Die „Folgestudie“ soll ergründen, ob es nicht nur vorbelastete Einzelpersonen gab, sondern Nazi-Netzwerke in Politik, Justiz und Verwaltung. Es soll aber auch darum gehen, inwieweit ehemalige NSDAP-Mitglieder einen Sinneswandel durchlebten und sich zu überzeugten Demokraten mauserten. Auch das Klima im Landeshaus und der persönliche Umgang zwischen Ex-Nazis und ehemaligen Widerständlern soll dargestellt werden. Die Studie soll die Zeit bis 1996 erfassen. Der Auftrag geht erneut an das Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte



5. September 1950: Der scheidende Ministerpräsident Bruno Diekmann (SPD, li.) gratuliert seinem Nachfolger Walter Bartram (CDU). Bartram sowie sechs seiner sieben Minister waren ehemalige NSDAP-Mitglieder.

an der Uni Flensburg, das bereits die erste Arbeit erstellt hat. Im Haushalt für das laufende Jahr sind hierfür 100.000 Euro vorgesehen. Auch die Nachkriegsjahre in Verwaltung und Kommunen müssten historisch untersucht werden, betonte Barbara Ostmeier (CDU). Es gehe darum, „herauszufinden, wie stark der Einfluss rechten Gedankengutes auf die konkrete Politik war“, so Tobias von Pein (SPD). Jan Marcus Rossa (FDP) merkte an: „Wir müssen der Frage auf den Grund gehen, welcher Schaden für die freiheitlich-demokratische Gesellschaft entsteht, wenn Täter nach einem Regimewechsel in den Strukturen rechtsstaatlicher Institutionen untertauchen können.“ Außerdem müsse auch nachgezeichnet werden, „ob Menschen in die Demokratie zurückgefunden haben“, unterstrich Lars Harms (SSW).

Die erste Studie

Das Forscherteam um den Flensburger Geschichtswissenschaftler Uwe Danker hatte die Studie zur „geschichtswissenschaftlichen

Aufarbeitung der personellen und strukturellen Kontinuität nach 1945 in der schleswig-holsteinischen Legislative und Exekutive“ im Jahr 2016 vorgelegt. Darin werden die Biografien von 342 Landtagsabgeordneten nachgezeichnet. Das Werk sei ein „Meilenstein in der neueren Geschichtsforschung auf diesem Feld“, lobte Burkhard Peters (Grüne). 115 der 342 Männer und Frauen hatten demnach ein braunes Parteibuch – gut ein Drittel. Auffällig: In den unmittelbaren Nachkriegsjahren finden sich kaum Parlamentarier mit NS-Vergangenheit. Die ersten Landtage der Jahre 1946 und 1947 waren dominiert von Verfolgten und Regimegegnern. Den Wendepunkt brachte die Wahl 1950. Die bis dahin dominierende SPD verlor ihre Mehrheit, die bürgerlichen und konservativen Parteien kamen ans Ruder. Der Anteil der ehemaligen NSDAP-Parteigänger schnellte von acht auf 40 Prozent hoch. In der Wahlperiode von 1958 bis 1962 hatten sogar 51 Prozent der Abgeordneten eine NS-Vergangenheit.

Semesterticket nimmt Fahrt auf

Eine breite Mehrheit im Landtag macht sich für die Einführung eines Semestertickets für alle Studenten im Lande stark, das für den ÖPNV in Schleswig-Holstein und Hamburg gelten soll. Die Landesregierung soll nun gemeinsam mit den Studierendenausschüssen der Unis und der Fachhochschulen sowie den Verkehrsunternehmen ein Konzept entwickeln. Im Gespräch ist auch eine Anschubfinanzierung durch das Land in Höhe von neun Millionen Euro. Von dem Ticket würden 50.000 Studenten profitieren. Es soll zum Wintersemester nächsten Jahres eingeführt werden. Ähnliche Angebote gibt es bereits in Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Trotz grundsätzlicher Zustimmung lehnte die SPD den Antrag der Koalition in der April-Sitzung ab, da Studenten und Verkehrsbetriebe längst miteinander verhandeln würden. Der SSW monierte, dass die



studentischen Grenzpendler von der Koalition außer Acht gelassen wurden, und enthielt sich. Die AfD unterstützte den Plan.

Im Raum steht ein Ticketpreis von 149 Euro pro Semester – laut Verkehrsminister Bernd Buchholz (FDP) ein „Sensationsangebot“. Denn: „In Hamburg zahlen die Studenten nur für den HVV 173 Euro.“



Schiffe mit Siebvorrichtungen haben in den vergangenen Wochen Plastikpartikel aus der Schlei gefischt. Dabei gingen auch größere Teile ins Netz und landeten im Hafen von Schleswig.

Verschmutzung der Schlei: Politik will Plastik zurückdrängen

Geschlossene Front gegen den Plastikmüll: Nach dem Skandal um die Verschmutzung der Schlei mit geschreddertem Kunststoff haben die Parlamentarier im Juni einhellig gefordert, Plastikmüll aus der Biotonne und vom Acker zu verbannen. Alle Fraktionen unterstützten Umweltminister Robert Habeck (Grüne), der sich bereits auf Bundesebene dafür einsetzt.

Medienberichten zufolge waren zwei Jahre lang Plastikteile, teilweise zentimetergroß, aus dem Schleswiger Klärwerk in die Schlei

geflossen. Das Plastik war demnach gemeinsam mit Speiseresten aus dem Bio-Abfall im Klärwerk gelandet. Vermutlich ist mehr als eine halbe Tonne Kunststoffteilchen in den Meeresarm an der Ostseeküste gelangt.

Kunststoffe müssten konsequent von Lebensmitteln getrennt werden, mahnte Heiner Rickers (CDU). Es sei ein „politischer Skandal“, dass hunderttausende Tonnen nicht mehr haltbarer Lebensmittel aus Supermärkten samt Verpackung geschreddert werden. Sandra Redmann (SPD) hielt auch ein Verbot von Plastikgeschirr für angemessen.

Das sah Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben ähnlich: Niemand brauche einen Trinkhalm aus Plastik – man könne auch einen Strohhalm nehmen. Umweltminister Robert Habeck (Grüne) kritisierte, dass allein in Schleswig-Holstein jährlich 750 Tonnen Kunststoffgranulat als Beimischung zu Dünger legal auf dem Ackerboden landeten.

Konkret soll nach Willen des Landtages die Bioabfallverordnung so gefasst werden, dass keine Kunststoffe mehr in der Biotonne landen dürfen. Die Düngeverordnung soll umgeschrieben werden, damit kein Plastik mehr als Teil der Gülle auf die Äcker gerät. Bisher werden 0,5 Prozent Plastikanteil toleriert.

Immer mehr Plastik kommt als Verpackungsmaterial in Umlauf. Grund ist zum Beispiel der wachsende Online-Handel. Kunststoffabfälle machen in Deutschland nach Angaben des Umweltbundesamtes für 2015 fast sechs Millionen Tonnen aus – ein Plus von fünf Prozent seit 2013. Zudem wurden 2017 Schätzungen zufolge rund 105.500 Tonnen Kunststoff für Einweggeschirr und -besteck und für Mitnehm-Verpackungen für Fast Food verbraucht. Die Verbraucherschutzminister der Länder haben auf ihren Treffen Mitte Juni ein Verbot von Einwegbechern angemahnt.

Landtag fordert: Sind Kinder im Auto – Zigarette aus!

Der Landtag macht mobil beim Nichtraucherschutz für Kinder und Jugendliche. Einstimmig hat das Plenum im Juni einen Antrag der Jamaika-Koalition angenommen, der ein Rauchverbot im Auto fordert, wenn Minderjährige an Bord sind. Dafür soll sich die Landesregierung jetzt auf Bundesebene einsetzen. Ausgangspunkt war ein Vorstoß der SPD.

Vollgequalmte Autos, in denen Kinder oder Jugendliche sitzen, seien „leider noch immer legal in Deutschland“, konstatierte der Sozialdemokrat Tobias von Pein. Der Rauch enthalte Schadstoffe wie Blausäure, Arsen und Teer. Er sei für Heranwachsende besonders schädlich, da sie eine höhere Atemfrequenz hätten und ihre Lungen bis zum 20. Lebensjahr noch in der Entwicklung seien. Akute und chronische Atemwegserkrankungen, die Verschlimmerung eines Asthma-Leidens oder eine Erhöhung des Blutdrucks könnten die Folgen sein. „Je jünger jemand ist, desto



Kippe hinterm Steuer: Wenn Kinder im Wagen sitzen, würde das in einigen EU-Ländern bis zu 1.500 Euro Strafe kosten. In Griechenland droht ein Monat Fahrverbot.

schwerer können die Folgen des Passivrauchens ausfallen“, stellte auch Hans-Hinrich Neve (CDU) fest. „Die Freiheit hört dort auf, wo wir anderen schaden können“, sagte Marret Bohn (Grüne). Der AfD-Abgeordnete Frank Brodehl gab zu bedenken, ein Verbot allein werde der Mehrheit der betroffenen Kinder nicht helfen. Denn es sei schwer umsetzbar und werde bei vielen Rauchern keinen Gesinnungswandel bewirken. Flemming Meyer (SSW) stelle die Frage: Müsste bei einem Rauchverbot in Autos mit Kindern logischerweise nicht auch ein Rauchverbot in Wohnungen mit Kindern eingeführt werden?

Da Präventionsmaßnahmen und Appelle nicht erfolgreich gewesen seien, sei das Ver-

bot für ihn das „Mittel der Wahl“, so Sozialminister Heiner Garg (FDP). Es gebe kein Recht für Eltern, Kinder gesundheitlich zu schädigen. Garg brachte das Thema Ende Juni auf der Gesundheitsministerkonferenz in die bundespolitische Debatte ein. Rauchverbote in Autos mit Kindern gibt es bereits in England, Wales, Italien, Griechenland, Frankreich und seit Neuestem auch in Österreich.

Die SPD hatte darüber hinaus ein grundsätzliches Verbot von Tabakwerbung gefordert. Dieses Ansinnen scheiterte jedoch an CDU, Grünen, FDP und AfD. Jamaika habe bei diesem Punkt noch Beratungsbedarf, sagte der Freidemokrat Dennys Bornhöft.

Studie zur Kandidatensuche – „Parteien müssen sich öffnen“

Welche Voraussetzungen muss man mitbringen, um erfolgreich für Landtag oder Bundestag zu kandidieren? Nach welchen Gesichtspunkten wählen Parteien ihre Kandidaten aus? Mit diesen Fragen befasst sich eine aktuelle Studie des Instituts für Parlamentarismusforschung an der Uni Halle. Ende April stellten die Politikwissenschaftler ihre Ergebnisse rund 70 Gästen vor, die auf Einladung des Landesbeauftragten für politische Bildung ins Landeshaus gekommen waren.

Vor der Bundestagswahl 2017 hat das Forscherteam bundesweit 166 Parteiveranstaltungen besucht und mehr als 10.000 Fragebögen von Delegierten und Kandidaten ausgewertet. Eine wesentliche Erkenntnis: „In Deutschland kann jeder Abgeordneter werden“, wie Studienleiter Benjamin Höhne betont – unabhängig von Bildungsstand, Geschlecht oder dem eigenen Geldbeutel. Aber „der Weg ist lang“, so Höhne. Denn bis ein Parteimitglied eine aussichtsreiche Kandidatur erreiche, müsse es die „Ochsentour“ bewältigen, also das oft jahrzehntelange Engagement auf Orts- und Kreisebene. Mehr als 60 Stunden pro Monat sind Bundestagskandidaten nach eigenen Angaben ehrenamtlich aktiv. Vorteile habe,

wer einen „politiknahen Beruf“ ausübe, unterstreicht Politikwissenschaftler Daniel Hellmann. Wer bereits im Parteiapparat arbeite oder einen Posten in einer Fraktion oder einem Ministerium habe, der besitze einen Wissensvorsprung und sei besser vernetzt.

„Blick nach innen“ dominiert

Die enge Bindung an die Partei sei für Parteitage-delegierte entscheidend, berichten die Forscher. Der Kandidat müsse als „einer von uns“ gelten. Ob er beim Wahlvolk tatsächlich ankomme, spiele dagegen kaum eine Rolle. „Parteien sind in sich geschlossene Systeme“, so Hellmann: „Die Bevölkerung bleibt weitgehend außen vor“, und „Seiteneinsteiger“ bekämen selten eine Chance.

Dieses Denken berge Gefahren, merkt Studienleiter Höhne an. Denn die Parteien verlieren fast durchgehend an Mitgliedern. SPD und CDU etwa hätten sich seit 1990 mehr als halbiert. Entsprechend sinke die Zahl der geeigneten Bewerber. Sein Vorschlag: Statt nur den „Blick nach innen“ zu richten, sollten „attraktive Kandidaten“ gesucht werden, „die die Sprache der Menschen sprechen“. Die Nominierung von Wahlkreisbewerbern und die Aufstellung der Listen müssten auf einer breiteren Basis stehen. So sei es denkbar, wichtige Posten nicht nur durch Delegierte vergeben zu lassen, sondern alle Parteimitglieder zu fragen. Oder gar, wie bei den Vorwahlen in den USA üblich, auch die potentiellen Wähler zu beteiligen. „Deutschland ist ein föderales Land“, so Höhne: „Das bietet viele Möglichkeiten zum Experimentieren.“

Mehr zur Studie unter www.iparl.de



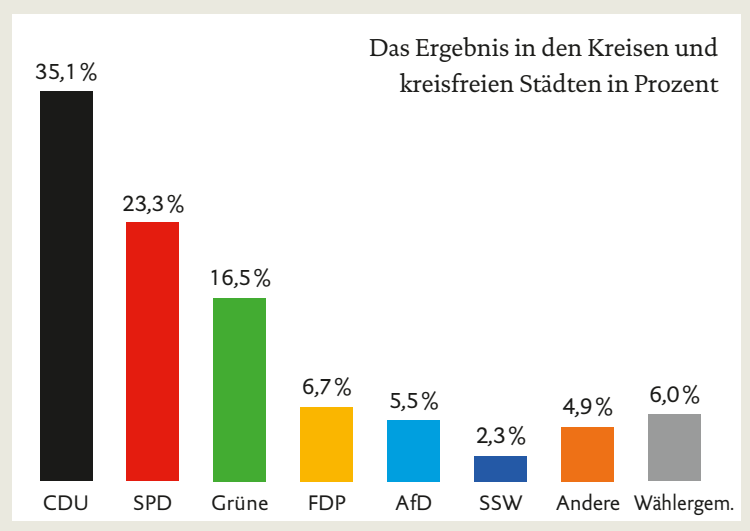
Politikwissenschaftler Benjamin Höhne erläutert die Studie der Hallenser Parlamentarismusforscher.

Kommunalwahl 2018: Große verlieren, Kleine legen zu

Einbrüche bei den Großen, Gewinne bei den Kleinen – so der Trend bei der Kommunalwahl am 6. Mai. SPD und CDU holten ihre bisher schlechtesten Ergebnisse bei Kreis- und Gemeindewahlen im Lande.

Die Union erhielt insgesamt 3,8 Prozentpunkte weniger als bei der Kommunalwahl 2013, bleibt aber stärkste Kraft in allen Kreistagen sowie in Flensburg und Neumünster. Die Sozialdemokraten behaupteten ihre Hochburgen Kiel und Lübeck, trotz landesweiter Verluste von 6,5 Prozentpunkten. Teilweise büßte die SPD zweistellig ein. In Glückstadt stürzte sie um 16,5 Punkte auf 15,9 Prozent ab. Die großen Gewinner sind die Grünen. Sie holten 2,8 Prozentpunkte mehr als 2013. In Flensburg zogen sie sogar an der SPD vorbei.

Die FDP gewann 1,7 Prozentpunkte mehr als vor fünf Jahren. Liberale Hochburg bleibt Dithmarschen mit 9,1 Prozent Stimmenanteil. Die AfD trat erstmals bei einer schleswig-holsteinischen Kommunalwahl an und holte 5,5 Prozent. Der SSW musste Verluste von 0,6 Prozentpunkten hinnehmen. Die Wahlbeteiligung stieg nach dem Negativwert von 2013 nur leicht an, auf einen Landeschnitt von 47,1 Prozent.



Nachruf

Trauer um
Horst Hager

Mit einer Schweigeminute hat der Landtag in der April-Tagung des ehemaligen Abgeordneten Horst Hager gedacht. Der SPD-Politiker, der dem Landesparlament von 1975 bis 1996 angehörte, war am 5. April im Alter von 85 Jahren verstorben.



„Horst Hager hat immer wieder dafür gestritten, die Belange der jungen Generation bereits frühzeitig und als Querschnittsaufgabe bei allen politischen Entscheidungen zu berücksichtigen“, erinnerte Landtagspräsident Klaus Schlie an den Verstorbenen. Der Sozialarbeiter aus dem Kreis Pinneberg war von 1992 bis 2001 auch als Kinder- und Jugendbeauftragter der Landesregierung tätig.

Robert Habeck, Grünen-Bundesvorsitzender, gibt sein Amt als schleswig-holsteinischer Umweltminister am 31. August ab. Dieses Datum für den seit Januar feststehenden Schritt nannte das Ministerium Mitte April. Als Nachfolger steht der Europaabgeordnete **Jan Philipp Albrecht** bereit.

Rasmus Andresen, Grünen-Abgeordneter und Landtagsvizepräsident, strebt bei der Europawahl im kommenden Mai einen Platz im EU-Parlament an. Er wolle als nordeuropäischer Kandidat für die Europaliste seiner Partei antreten, kündigte Andresen Mitte Mai an. Der Flensburger gehört dem Landtag seit 2009 an.



Niclas Herbst, von 2005 bis 2012 für die CDU im Landtag, wird bei der Europawahl im kommenden Mai als Spitzenkandidat der Nord-Union an den Start gehen. Ein Parteitag Anfang Juni in Neumünster wählte ihn mit 177 von 206 Stimmen. Herbst war von 2010 bis 2012 Vertreter Schleswig-Holsteins im europäischen Ausschuss der Regionen.

Patrick Breyer, von 2012 bis 2017 Piraten-Abgeordneter und zeitweise Fraktionschef, ist von seiner Partei Anfang Juni zum Spitzenkandidaten für die Europawahl 2019 gewählt worden.

Ulrike Rodust, von 1993 bis 2008 für die SPD im Landtag und seitdem im EU-Parlament, hat angekündigt, bei der Europawahl im Mai 2019 nicht noch einmal kandidieren zu wollen.



Runde Geburtstage

Herbert Möller aus Neumünster, von 1985 bis 1987 für die CDU im Landtag, hat am 7. April seinen 95. Geburtstag gefeiert.

Eckart Kuhlwein aus Ammersbek (Kreis Stormarn), von 1971 bis 1976 für die SPD im Landtag und anschließend bis 1998 im Bundestag, hat am 11. April seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Claus Hopp aus Rendswühren (Kreis Plön), von 1988 bis 2005 für die CDU im Landtag, hat am 18. April seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Wolfgang Herrmann aus Kiel, von 1994 bis 1996 für die SPD im Landtag, hat am 27. Mai seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Holger Astrup aus Erfde (Kreis Schleswig-Flensburg), von 1988 bis 2009 für die SPD im Landtag, hat am 7. Mai seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Astrid Höfs aus Wahlstadt (Kreis Segeberg), von 2000 bis 2009 für die SPD im Landtag, hat am 9. Mai ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Sylvia Eisenberg aus Altenholz bei Kiel, von 2000 bis 2009 für die CDU im Landtag, hat am 21. Mai ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Günter Neugebauer aus Rendsburg, von 1979 bis 2009 für die SPD im Landtag, hat am 13. Juni seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Anne Lütkes aus Köln, von 2000 bis 2005 Justizministerin und anschließend bis 2006 für die Grünen im Landtag, hat am 24. Juni ihren 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!

Reinhard Sager, von 1992 bis 2001 CDU-Landtagsabgeordneter und seitdem Landrat des Kreises Ostholstein, bleibt für weitere zwei Jahre Präsident des Deutschen Landkreistages. Eine Mitgliederversammlung bestätigte ihn Mitte April in Wiesbaden im Amt. Sager leitet den kommunalen Spitzenverband seit 2014.

Frank Nägele, von 2012 bis 2017 Staatssekretär im schleswig-holsteinischen Wirtschaftsministerium, ist seit Mitte April Staatssekretär in der Berliner Senatskanzlei.

Sven Krumbeck, von 2012 bis 2017 für die Piratenpartei im Landtag, ist zu den Grünen gewechselt. Er errang bei der Kommunalwahl am 6. Mai für seine neue Partei einen Sitz in der Kieler Ratsversammlung.

Jörn Biel, von März bis Oktober 2009 Landwirtschaftsminister, bleibt für weitere zwei Jahre Präsident des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB). Die Jahreshauptversammlung in Groß Wittensee (Kreis Rendsburg-Eckenförde) bestätigte ihn Mitte Mai einstimmig im Amt. Biel hat den Posten seit 2014 inne. Auf der Versammlung wurde zudem der ehemalige SPD-Landtagsabgeordnete **Henning Höppner** für seine „unermüdliche Arbeit für die schleswig-holsteinische Heimat“ mit der Goldenen Ehrennadel des SHHB ausgezeichnet.

„Treuer Freund Deutschlands“ möchte in die Euro-Zone

„Länderabend“ über Bulgarien im Landeshaus

Bulgarien hatte im ersten Halbjahr 2018 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Damit rückte das Sieben-Millionen-Einwohner-Land am Schwarzen Meer in den Blickpunkt. Ende April informierten sich rund 80 Gäste bei einem „Länderabend“ im Landtag über Politik, Wirtschaft und Kultur der Balkanrepublik. Eine Erkenntnis: Bulgarien ist zwar das Armenhaus Europas, aber es gibt positive Signale.

„Wir sind auf dem richtigen Weg“, betonte der bulgarische Botschafter in Deutschland, Radi Naidenov, und wies insbesondere auf die solide Haushaltspolitik seines Landes hin. Selbst in wirtschaftlichen Krisenzeiten habe das Land in den vergangenen 20 Jahren niemals die Maastricht-Kriterien gebrochen. Sprich: Das bulgarische Haushaltsdefizit habe nie die Obergrenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschritten. Der Botschafter warb deswegen dafür, Bulgarien den Weg in den Euro zu ebnen. „Es sieht bei uns nicht viel anders aus als in den baltischen Staaten“, so Naidenov – und die hätten schon die Gemeinschaftswährung. Der bulgarische Lew sei zudem bereits an den Euro gekoppelt, betonte der Top-Diplomat.

Bulgarien sei ein „zuverlässiger und treuer Freund Deutschlands“, lobte Thorsten Geißler. Der ehemalige CDU-Landtagsabgeordnete (von 1987 bis 2004) leitet seit zwei Jahren das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sofia. Das Land, das auch NATO-Mitglied ist, sei mit großer Mehrheit proeuropäisch eingestellt. Zwar betrage der Durchschnittslohn umgerechnet nur 420 Euro pro Monat, und 30 Prozent der Bevölkerung seien von Armut bedroht. Aber Arbeitslosenquote und Inflationsrate seien niedrig. Hinzu komme: Bulgarien sei technisch vielfach weiter entwickelt als Deutschland:



„In Berlin zahle ich meine Parkgebühr am Automaten, in Sofia per SMS“, so Geißler. Ein Hauptproblem im Lande sei die „hohe“ Korruption in Justiz und Verwaltung: „Die Staatsanwaltschaft ist zum Beispiel nicht frei von politischen und wirtschaftlichen Einflüssen.“

Ein weiteres Problem des Landes: Viele junge, häufig gut ausgebildete Menschen wandern ab. Allein in Schleswig-Holstein lebten inzwischen mehr als 7.000 Bulgaren, merkte Landtagspräsident Klaus Schlie an. Es gebe „Anzugwirkungen“, die Arbeitnehmer aus armen in die reichen Regionen Europas lockten, so Schlie. Dies dürfe jedoch in Ländern wie Bulgarien nicht zu einem „unvertretbaren Verlust von Fachkräften“ führen – hier müsse das Land gegensteuern.

Der Landtag veranstaltete den Länderabend gemeinsam mit der Europa-Union und der Europäischen Bewegung Schleswig-Holstein.



Insider-Berichte aus Bulgarien: Botschafter Radi Naidenov und Ex-Abgeordneter Thorsten Geißler

Verfassungsgericht feiert – Wer darf klagen?

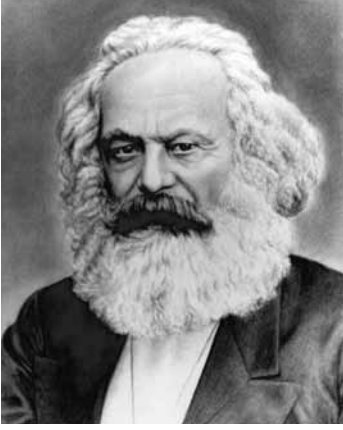


Mit einem Festakt im Landeshaus hat das schleswig-holsteinische Landesverfassungsgericht Anfang Mai sein zehnjähriges Bestehen gefeiert. Politiker und Juristen würdigten die Arbeit des Gerichtes, das zum 1. Mai 2008 in Schleswig errichtet wurde und das mit seinen Urteilen mehrfach tief in die jüngere

Landesgeschichte eingegriffen hat. Vor seiner Bildung hatte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe über alle Verfassungsfragen aus dem Norden entschieden, was zum Teil sehr lange gedauert hat. Zu den wichtigsten Urteilen des Landesverfassungsgerichts gehören die Anordnung der Neuwahl des Landtages

(2010), die Bestätigung der Befreiung des SSW von der Fünf-Prozent-Sperrklausel (2013) und die Forderung nach Korrekturen am kommunalen Finanzausgleich (2017). Landtagspräsident Klaus Schlie bescheinigte den Richtern, ihr Amt mit „viel Selbstbewusstsein“ auszuüben.

Die Möglichkeit einer Verfassungsbeschwerde für jedermann, wie sie Gerichtspräsident Bernhard Flor anregte, wird es wohl auch in Zukunft nicht geben. Der SSW schlug im Juni-Plenum zwar eine entsprechende Verfassungsänderung vor, stieß aber bei CDU, SPD, FDP und AfD auf Skepsis. So dürfte es dabei bleiben, dass nur die Landesregierung, ein Drittel der Mitglieder des Landtages oder zwei Fraktionen sowie Kommunen das Gericht einschalten können, ebenso wie Vertreter von Volksinitiativen, deren Vorstoß vom Landtag abgelehnt wurde.



Wieviel Karl Marx steckte in der Stasi? – „Null!“

Marx-Biograf Jürgen Neffe im Interview

„Der Unvollendete“ heißt die mehr als 600 Seiten starke Biografie über Karl Marx, mit der Jürgen Neffe wochenlang in den Bestsellerlisten stand. Neffe, 1962 in Herne geboren, möchte ein realistisches Bild des Kommunismus-Theoretikers zeichnen. Der Widerwillen, mit dem bürgerliche Kreise jahrzehntlang Karl Marx begegneten, stört ihn ebenso wie die Vereinnahmung in der DDR oder der Sowjetunion. Inzwischen, im Jahr des 200. Geburtstages von Karl Marx, sei es an der Zeit, dessen Analyse des Kapitalismus weiterzudenken, findet Jürgen Neffe. Ende Mai stellte der Autor sein Werk im Rahmen der Reihe „Politische Literatur in Landtag“ vor und traf sich zuvor mit der Landtagszeitschrift zum Gespräch.

Herr Neffe, für Ihr Buch haben Sie Karl Marx sehr genau kennengelernt. War er ein angenehmer Zeitgenosse?

Er war niemand, mit dem ich in einer WG leben wollte. Er hatte etwas Rechthaberisches und Herrschsüchtiges an sich. Wobei man sagen muss: Er war zwar ein Rechthaber, aber er hatte oft auch Recht.

Hätten Sie denn gerne einen Abend in der Kneipe mit ihm verbracht?

Mit ihm einen Wein trinken und dabei diskutieren, das hätte ich schon gerne mal gemacht. Er war ja auch ein Lebemann. Wenn Geld da war, haben er und Friedrich Engels es krachen lassen.

Zu seinem 200. Geburtstag gab es zahlreiche Würdigungen, und ein Marx-Darsteller lief als freundlicher „Grüßonkel“ durch seine Heimatstadt Trier. Karl Marx ist offenbar kein Bürgerschreck mehr.

Ja, ich habe mich auch gewundert. Vor 25 Jahren, zum 175. Geburtstag, haben Studenten der Universität in Trier versucht, Marx zu feiern. Damals wurden ihnen noch Gelder und Räume verweigert. Ich glaube, dieser Wandel hat mit der Finanzkrise zu tun. Seitdem wird er wieder so verstanden, wie ich ihn auch verstehe, nämlich als Vordenker, als großer Geist.

Aber wenn man das „Kommunistische Manifest“ liest – das war doch beinahe eine Kriegserklärung an das Bürgertum.

Ja, aber für eine viel spätere Zeit. Zunächst feierte Marx den Kapitalismus als eine ungläubliche Freisetzung von Produktivkräften. Er war damals der Meinung, man brauche noch Generationen, bis der Kapitalismus überwunden wird.

Im „Kommunistischen Manifest“ nennt Marx „die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit“ als Merkmale des Kapitalismus. Das klingt sehr aktuell. Stichworte: Digitalisierung, Globalisierung.

Der Philosoph Oskar Negt sagt, der Kapitalismus sei erst heute so, wie Marx ihn beschrieben hat. Das ist vielleicht ein Grund dafür, dass die Leute wieder hinhören und sich sagen: Wenn einer schon so früh das Wesen dieses Systems erkannt hat, dann hat er wohl sehr tief geblickt.

Sie nennen Karl Marx den „Unvollendeten“. Dabei gab es doch sogar ganze Staaten, die der Meinung waren, Marx umgesetzt zu haben, nämlich in Form des Marxismus-Leninismus.

Mit „unvollendet“ meine ich, dass er in seiner Lebenszeit so vieles nicht fertig bekommen hat. Zwei Drittel der Schriften, die er damals verfasst hat und die wir heute als Bücher kennen, hat er nie im Druck gesehen. Und „unvollendet“ bedeutet auch, dass wir in der heutigen Zeit mit ihm noch nicht fertig sind. Er hat uns noch etwas zu sagen.

Dennoch: Wie viel Marx steckte zum Beispiel in der Stasi?

Null.

Obwohl Marx eine Anleitung zur Errichtung einer „Diktatur des Proletariats“ gegeben hat?

Das hat Lenin daraus gemacht. Marx hätte keine Partei als Vorhut des Klassenkampfes gewollt, die alles alleine entscheidet. Sie merken: Ich bin dabei, Marx zu verteidigen, auch vor den Leuten, die ihn benutzt haben.



Jürgen Neffe: Neben Karl Marx hat er auch Albert Einstein und Charles Darwin porträtiert.

Marx war nicht nur Theoretiker, sondern auch Politiker. Wie fällt da die Bilanz aus?

Er war ein Revolutionär am Schreibtisch und hat nie auf einer Barrikade gestanden, anders als Engels. Im Gegenteil: Bei seinen wenigen öffentlichen Auftritten hat er immer wieder vor zu starkem revolutionärem Eifer gewarnt.

War er also eher Pragmatiker als Revolutionär?

Marxisten bestreiten das, aber ich sehe das so. 1849, kurz bevor seine Zeitung eingestellt wurde, sagte er zwar den Satz: „Auf Euren Terror, die Antwort ist nur Terrorismus.“ Später finden Sie so etwas aber nicht mehr. Er wurde immer reformistischer, pragmatischer, demokratischer. Marx hat eine ähnliche Entwicklung durchlaufen wie die 68er. Damals wurden Parolen verbreitet, vor denen man sich heute gruselt. Später kam aus diesen Reihen der Außenminister. Und anders als Joschka Fischer hat Marx niemals Steine auf Polizisten geworfen.

Interview: Karsten Blaas



Die erste von voraussichtlich Dutzenden Sitzungen des Untersuchungsausschusses

Rocker-PUA: Aufklärung dürfte zwei Jahre dauern

Der Ende Februar vom Landtag eingesetzte Parlamentarische Untersuchungsausschuss (PUA) zur sogenannten Rocker-Affäre tagt seit Mitte April – und wird voraussichtlich zwei Jahre brauchen, um seinen umfangreichen Auftrag abzuarbeiten. Das erwartet der Ausschussvorsitzende, der CDU-Abgeordnete Claus Christian Claussen.

Er hoffe, dass parteiübergreifend an einem Strang gezogen werde, so Claussen. Denn das klassische Gegeneinander von Regierung und Opposition habe hier wenig Sinn: Im Laufe der Jahre habe es mehrere Innenminister aus unterschiedlichen Parteien gegeben, deren Handeln nun unter die Lupe genommen wird. Mehr als 100 Personen dürften nach Einschätzung des SPD-Abgeordneten Kai Dolgner geladen werden.

Im Mittelpunkt stehen Vorwürfe der Aktenmanipulation, der Unterdrückung von Beweismitteln und des Mobbing bei der Polizei. Es geht auch um den Einsatz sogenannter V-Leute. Ausgangspunkt waren Ermittlungen gegen Rocker wegen einer Messerstecherei in Neumünster im Jahr 2010. Zwei Polizisten gaben an, ihr Vorgesetzter

habe sie gehindert, entlastende Aussagen eines Informanten aus der Rockerszene vollständig zu protokollieren. Sie seien gemobbt und gegen ihren Willen versetzt worden.

Der Ausschuss will auch der Frage nachgehen, warum Innenminister Hans-Joachim Grote (CDU) im vergangenen Herbst zwei Führungskräfte der Landespolizei abgesetzt hat. Grote hat einen Zusammenhang zu den Rocker-Ermittlungen bestritten. Der PUA untersucht zudem Verdachtsfälle von Sexismus und Rassismus an der Polizeischule Eutin. **Mehr zum Auftrag des PUA: Landtagszeitschrift 01/2018.**

Die Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses

Vorsitzender:

Claus Christian Claussen (CDU)

Stellvertretender Vorsitzender:

Thomas Rother (SPD)

Weitere Mitglieder:

Tim Brockmann, Peter Lehnert, Andrea Tschacher (alle CDU), Kai Dolgner, Kathrin Wagner-Bockey (beide SPD), Burkhard Peters (Grüne), Jan Marcus Rossa (FDP), Claus Schaffer (AfD), Lars Harms (SSW)

Die Termine: 27. August, 29. Oktober, 12. November, 3. Dezember, 17. Dezember – jeweils montags um 11:00 Uhr.

Rund 50 Sitzungen bis Weihnachten

Etwa 50 Mal kommen die Ausschüsse des Landtages im zweiten Halbjahr zusammen. Im Zentrum stehen traditionell im Herbst die Haushaltsberatungen, zu denen sich der Finanzausschuss mit den anderen Fachausschüssen trifft. Viele Sitzungen sind öffentlich. Tagesordnungen sowie eventuelle Terminänderungen stehen im Internet: www.sh-landtag.de, Rubrik „Dokumente“.

Finanzausschuss

23. August, 30. August, 13. September, 1. November, 15. November – jeweils donnerstags um 10:00 Uhr.

Hinzu kommen die **Haushaltsberatungen:** Montag, 22. Oktober (mit Innen- und Rechts- sowie Europaausschuss), Mittwoch, 24. Oktober (mit Wirtschafts- sowie Umwelt- und Agrarausschuss), Donnerstag, 25. Oktober (mit Bildungs- sowie Sozialausschuss): jeweils ganztägig
Donnerstag, 22. November, um 10:00 Uhr: Nachschiebeliste der Landesregierung
Donnerstag, 29. November, um 10:00 Uhr: Vorlage der Fraktionsanträge
Donnerstag, 6. Dezember, um 10:00 Uhr: Beschlussfassung über den Haushalt

Innen- und Rechtsausschuss

22. August, 29. August, 19. September, 24. Oktober, 14. November, 28. November, 5. Dezember, 19. Dezember – jeweils mittwochs um 14:00 Uhr.

Bildungsausschuss

23. August, 13. September, 25. Oktober, 29. November – jeweils donnerstags um 14:00 Uhr.

Sozialausschuss

30. August, 20. September, 1. November, 22. November, 6. Dezember – jeweils donnerstags um 14:00 Uhr.

Umwelt- und Agrarausschuss

22. August, 12. September, 24. Oktober, 14. November, 5. Dezember – jeweils mittwochs um 14:00 Uhr.

Wirtschaftsausschuss

29. August, 12. September, 24. Oktober, 14. November, – jeweils mittwochs um 10:00 Uhr.

Europaausschuss

22. August, 12. September, 24. Oktober, 28. November – jeweils mittwochs um 10:00 Uhr.

Petitionsausschuss

28. August, 11. September, 25. September, 30. Oktober, 13. November, 27. November, 11. Dezember – jeweils dienstags um 9:30 Uhr (die Sitzungen sind in der Regel nicht öffentlich, da persönliche Anliegen von Bürgern beraten werden).

Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg

Der gemeinsame Ausschuss trifft sich mehrmals im Jahr, abwechselnd in Schleswig-Holstein und Hamburg. Näheres unter www.sh-landtag.de.

Verbotene Werbung?

Diskussion über Paragraph 219a und Abtreibungen

Seit einem Gerichtsurteil aus dem vergangenen November streiten Politik und Öffentlichkeit über den Paragraphen 219a im Strafgesetzbuch (StGB). Er untersagt es, „Dienste zur Vornahme oder Förderung eines Schwangerschaftsabbruches“ öffentlich anzubieten. Eine hessische Ärztin hatte auf ihrer Praxis-Homepage darüber informiert, dass sie Abtreibungen ausführt. Das Amtsgericht Gießen sah darin einen Verstoß gegen das StGB und verurteilte sie zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro.

Mehrere Bundesländer haben daraufhin im Bundesrat gefordert, den Paragraphen abzuschaffen. Im Landtag sprachen sich CDU, Grüne und FDP im Januar für eine Lösung aus, die eine Information der Schwangeren ermöglicht, ohne den Paragraphen 219a zu verletzen. SPD und SSW wollen den Passus aus dem StGB streichen, die AfD will ihn erhalten. Nun hat der Sozialausschuss Experten aus Justiz, Medizin, Verwaltung und Sozialverbänden um Stellungnahme gebeten.

Landesarbeitsgemeinschaft der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten in Schleswig-Holstein (LAG):

„Die LAG ist der Auffassung, dass Paragraph 219a StGB nicht mehr zeitgemäß ist und im Widerspruch zum Recht auf körperliche Unversehrtheit und auf Informationsfreiheit steht.“

Frauenwerk der evangelischen Nordkirche:

„Der Paragraph 219a StGB wurde im Rahmen einer nationalsozialistischen Strafrechtsreform 1933 als Tatbestand eingeführt. Die Nationalsozialisten wollten damit gegen jüdische, kommunistische und liberale Ärzt*innen vorgehen, die Schwangerschaftsabbrüche vornahmen.“

Donum Vitae, katholische Schwangerenberatung:

„Eine Streichung des Paragraphen 219a StGB scheint nur dann angebracht, wenn man Ärztinnen und Ärzten die Möglichkeit zur Werbung einräumen möchte. Dies würde allerdings dazu führen, dass Schwangerschaftsabbrüche in einer Auflistung der medizinischen Angebote gerade so genannt werden, als wären sie eine ganz normale medizinische Dienstleistung. Dieser Eindruck darf nicht entstehen.“

Deutscher Juristinnenbund:

„Das Bundesverfassungsgericht hat explizit festgestellt, dass die ärztliche Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen den gesetzlich geregelten Bedingungen der Berufsfreiheit unterfällt. Von der Berufsfreiheit ist ferner zunächst auch die ärztliche Werbung erfasst.“

Arbeiterwohlfahrt, Landesverband Schleswig-Holstein:

„Da die Informationsfreiheit Voraussetzung für eine selbständige Meinungsbildung ist, beeinträchtigt das Verbot aus Paragraph 219 StGB das Selbstbestimmungsrecht der betroffenen Frau aus Artikel 2 Grundgesetz und die Informationsfreiheit der potenziellen Patientin nach Artikel 5 Grundgesetz.“

Diakonisches Werk Schleswig-Holstein:

„Angesichts der bestehenden guten Zugänge der schwangeren Frauen zu Informationen und der flächendeckenden Zusammenarbeit der Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen mit niedergelassenen Ärzten und Ärztinnen sowie Einrichtungen der ambulanten und stationären Versorgung ist die geäußerte Kritik fehlender sachlicher Informationsmöglichkeiten der schwangeren Frau nicht gerechtfertigt.“

Pro Familia Schleswig-Holstein:

„Jeder Mensch hat ein gesetzlich verankertes Recht auf Zugang zu Informationen über sexuelle Gesundheit, Schwangerschaft und alle damit verbundenen Fragen - und damit auch über den Schwangerschaftsabbruch.“

Berufsverband der Frauenärzte Schleswig-Holstein (BVF-SH):

„Der BVF-SH fordert eine Überarbeitung des Paragraphen 219a StGB dahingehend, dass Ärzten die sachgerechte Information über Schwangerschaftsabbrüche straffrei erlaubt ist, und fordert zusätzlich, dass Ärzte, die Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, vor den zum Teil diffamierenden und übergreifenden Initiativen von Lebensschützern geschützt werden.“

Deutscher Kinderschutzbund, Landesverband Schleswig-Holstein:

„Das Schutzkonzept für ungeborenes Leben, das uns als Kinderschutzbund besonders wichtig ist, mitsamt umfassender Schwangerschaftskonfliktberatung durch staatlich anerkannte Beratungsstellen bliebe aus unserer Sicht auch ohne Paragraph 219a StGB gesichert. Weiterhin ist Ärztinnen und Ärzten berufswidrige Werbung, das heißt anpreisende, irreführende oder vergleichende Werbung, nach ihrem Berufsrecht ohnehin untersagt.“

Demonstrantinnen fordern im November 2017 vor dem Gießener Amtsgericht die Abschaffung des Paragraphen 219a.



Bessere Kontakte zum Nordischen Rat

Der Landtag vertieft seine Zusammenarbeit mit dem Nordischen Rat. Bisher durften die schleswig-holsteinischen Abgeordneten nur als Beobachter an den Jahresversammlungen teilnehmen. Künftig sitzen sie auch auf Arbeitsebene mit am Tisch, wenn es um Themen von beiderseitigem Interesse geht. Der Landtag begrüßte in der April-Sitzung ein entsprechendes Angebot des Rates.

Der 1952 gegründete Nordische Rat ist ein Forum der nordischen Länder, dem Dänemark, Island, Schweden, Norwegen und Finnland angehören. Einen Beobachterstatus haben Estland, Lettland, Litauen und seit 2016 auch Schleswig-Holstein. Der Landtag hat für die Dauer der Wahlperiode die Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering (SSW) und Kay Richert (FDP) in den Rat entsandt. „Wir wollen nicht nur beobachten, wir wollen mitarbeiten“, betonte Waldinger-Thiering Ende Mai im Europaausschuss. Digitalisierung und der Abbau von Barrieren seien für Schleswig-Holstein genauso zentral wie für die nordischen Länder. Es gehe zum Beispiel darum, vor den Ratssitzungen gemeinsame Positionen mit der dänischen Seite auszuloten.



Pläne für das Plattdeutsche: Christiane Nölting

Niederdeutsch: Neues Länderzentrum und Groth-Jubiläum

Seit Ende Dezember vergangenen Jahres gibt es das gemeinsame „Länderzentrum Niederdeutsch“ (LZN), mit dem die Bundesländer Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen und Bremen die plattdeutsche Sprache fördern wollen. Die Geschäftsführerin des in Bremen ansässigen LZN, die Journalistin und Sprachwissenschaftlerin Christiane Nölting, stellte sich Ende April im Landeshaus dem Beirat Niederdeutsch vor. Sie wolle Schulen und Kirchen als Partner gewinnen, so Nölting. Erstes Hauptziel: Die Website www.lzn-bremen.de soll im Laufe des Jahres zu einer „Plattform des Lernens“ ausgebaut werden. Nölting stammt von der Insel Fehmarn, studierte in Kiel und war lange für den NDR tätig.

Außerdem befasste sich der Beirat mit dem anstehenden Klaus-Groth-Jahr 2019. Der Dichter, der das Niederdeutsche im 19. Jahrhundert zur Literatursprache machte, wurde am 24. April 1819 in Heide geboren. Die Klaus-Groth-Gesellschaft plane ein umfangreiches Programm mit Festschriften und Ausstellungen, berichtete der Flensburger Germanist Robert Langhanke, Vorsitzender der Groth-Gesellschaft. Das Jubiläum sei eine „Chance, neue Aufmerksamkeit für den Dichter zu erlangen“. Landtagspräsident Klaus Schlie kündigte Veranstaltungen im Landeshaus an: „Wir wollen Werk und Wirken von Klaus Groth ins Bewusstsein rücken“.

Parlamentsforum Südliche Ostsee: Frische Impulse und ein Orden

Regionalpolitiker aus der südlichen Ostseeregion kommen inzwischen seit 15 Jahren zum jährlichen Parlamentsforum zusammen. Das Jubiläumstreffen Mitte Mai in Allenstein (polnisch: Olsztyn) in der Wojewodschaft Ermland-Masuren stand im Zeichen der Digitalisierung.

Die Abgeordneten aus Deutschland, Polen, Schweden, Russland und Litauen weisen in ihrer Abschlussresolution auf den „dringenden Bedarf“ hin, „das allgemeinzugängliche Hochgeschwindigkeitsinternet zu fördern und Privathaushalten und Unternehmen zu ermöglichen, den einheitlichen digitalen Binnenmarkt zu nutzen“. Ein Kernbegriff soll dabei „intelligente Spezialisierung“ sein. Durch Wissenstransfer sollen regionale Stärken in Wirtschaft und Forschung gefördert und eine „Überlappung von Strategien“ vermieden

werden. „Wir müssen diese Schnittmengen suchen, damit wir nicht alles selbst machen müssen“, erläuterte der Leiter der schleswig-holsteinischen Delegation, der CDU-Abgeordnete Hartmut Hamerich, nach der Konferenz im Europaausschuss.

Im Namen des Landtages nahm Hamerich den höchsten Orden der Region Ermland-



Masuren entgegen. Die Gastgeber ehrten damit die Regionalparlamente von Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern sowie den polnischen Wojewodschaften Pommern und Westpommern, die das Parlamentsforum anlässlich des polnischen EU-Beitritts 2004 aus der Taufe gehoben hatten. Inzwischen gehören neun Regionen dazu. Erstmals war der litauische Gemeindeverband Klaipeda (das ehemalige Memel) als Beobachter dabei, der voraussichtlich beim nächsten Treffen im Juni 2019 in Schwerin Vollmitglied sein wird.

Hohe Ehre: Aus der Hand von Jan Bobek, Vorsitzender des Sejmiks von Ermland-Masuren, erhält der Abgeordnete Hartmut Hamerich (2. li.) die Auszeichnung für das langjährige Engagement des Landtages im Parlamentsforum.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landtages herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiterinnen der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.

Sportliche Verwaltung

Ende Juni zeigten sich Landtagsverwaltung und Fraktionen erneut von ihrer sportlichen Seite. Beim „Businessrun“ in Kiel, einem Staffelfrennen für Betriebsmannschaften, erreichte der Landtag den 80. Platz unter 540 Teams. Die Läuferinnen erreichten in der Frauenwertung sogar Rang 14. Zwei Wochen später schafften die zehn Läuferinnen und Läufer des Landtages den Staffelmaraathon in Eckernförde in drei Stunden und 16 Minuten. Mit dieser neuen Bestzeit wurden sie 20. von 60 Mannschaften und schnellstes Team aus Politik und Verwaltung.



Reform des Bundestagswahlsystems. Bewertungskriterien und Reformoptionen. Joachim Behnke u.a.

Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung 2017. 206 S.

Nach der Bundestagswahl 2017 ist die Zahl der Abgeordneten im Berliner Reichstag von 598 auf 709 angestiegen. Die erhebliche Vergrößerung des Parlaments wäre durch eine rechtzeitige Reform des Wahlrechts vermeidbar gewesen. Wie das historisch gewachsene, komplizierte Wahlrecht mit seinen Überhang- und Ausgleichsmandaten reformiert werden könnte, welchen Kriterien die Reform genügen müsste und welche Optionen zur Verfügung stehen, beschreiben die Autoren dieses Buches.



Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr. Hrsg.: Andreas Speit.

Berlin: Ch. Links Verlag 2017. 215 S.

Die Bundesrepublik Deutschland wird von ihnen nicht anerkannt, sie akzeptieren weder Gesetze noch Staatsbedienstete, sie hängen Verschwörungstheorien an – die sogenannten Reichsbürger. Der Journalist Andreas Speit beschreibt zusammen mit Kollegen, in welcher Tradition die ungefähr 13.000 Reichsbürger stehen, die es in verschiedenen, teils rechtsradikalen und antisemitischen Gruppierungen in Deutschland gibt. Lange wurden sie als harmlose Spinner oder notorische Querulanten abgetan, doch Speit beschreibt die zunehmende Radikalisierung und Gewaltbereitschaft der Szene: etwa, dass 700 Reichsbürger legale Schusswaffenbesitzer sind.



Feldenkirchen, Markus: Die Schulz-Story.

Ein Jahr zwischen Höhenflug und Absturz.

6. Aufl. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2018. 314 S.

Der rasante Aufstieg von Martin Schulz war beispiellos, sein tiefer Absturz ebenfalls. Erst verlor der SPD-Kanzlerkandidat die Wahl, dann den Rückhalt der Partei und seine Posten. Der Journalist Markus Feldenkirchen begleitete Schulz hautnah und exklusiv durch die Höhen und Tiefen des Wahlkampfes. Er beschreibt Hoffnungen, Rückschläge und Enttäuschungen und erzählt die Geschichte eines Politikers, der sich im Laufe der Zeit immer weiter von sich selbst entfernte. Erst nach Schließung der Wahllokale fand Schulz wieder den Weg zurück zur eigenen Persönlichkeit.

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Tobias Rischer (V.i.S.d.P.)
Tel. 0431/988-1120, tobias.rischer@landtag.ltsh.de
Karsten Blaas (Redakteur)
Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de
Janine Wergin (stellv. Redakteurin)
Tel. 0431/988-1122, janine.wergin@landtag.ltsh.de
Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)
Tel. 0431/988-1130, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Janine Wergin, Detlef Ziep, Vivien Albers, Yvonne Windel, Jutta Schmidt Holländer, Landesarchiv Schleswig, Archiv des Landtages, dpa-Bildfunk, Stadtarchiv Kiel (StAKiel-2.3Magnussen-31514), Grafikfoto/Michael Staudt, Dieter Schulz/SH:Z, Verlag Bertelsmann-Stiftung, Deutsche Verlags-Anstalt, Ch. Links Verlag, jarmoluk/pixabay, seamni_sun/fotolia, Kzenon/Adobe Stock, Thüringer Landtag.

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel, Ringstraße 19, 24114 Kiel, www.medienhaus-kiel.de;
Titelseite: Amatik, Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Agentur LOADSMAN/I. Schumacher, Arp-Schnitger-Weg 38, 24229 Strande, www.loadsmann.de

Herstellung, Druck:

A. C. Ehlers Medienproduktion GmbH, Wittland 8a, 24109 Kiel

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement, L1410, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1163, Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 20. Juni 2018

Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de

Abgeordnete persönlich



Jörg Nobis, AfD,
geboren am 9. September 1975 in
Recklinghausen, verheiratet, zwei Kinder,
nautisch-technischer Sachverständiger

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Im Jahr 2002 wanderte ich aus persönlichen Gründen nach Mexiko aus, und schon damals war für mich klar, dass ich mich politisch engagieren würde, wenn ich eines Tages nach Deutschland zurückkehre. Das war 2007 dann der Fall, aber es brauchte noch weitere sechs Jahre bis zur Gründung der AfD und bis ich mich persönlich auch tatsächlich engagieren konnte. Für mich war es nämlich schon damals keine Frage: Deutschland brauchte dringend eine neue, unverbrauchte, rechtsstaatliche und freiheitliche politische Kraft. Deshalb kam die Gründung der AfD für mich wie gerufen. Der Gründungsparteitag der AfD war gleichzeitig auch mein erster Parteitag.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„In der Schule kristallisierte sich zunächst der Berufswunsch Chemiker oder Mathematiklehrer heraus. Nach einem Ferienpraktikum auf einem Containerschiff stand dann allerdings der Berufswunsch Kapitän fest. Diesen Wunsch habe ich dann ja auch umgesetzt. Mittlerweile ist mein Befähigungszeugnis zum Kapitän aber nicht mehr gültig.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Mein Lieblingsfach war Mathematik.“

Was war ihr allererster Job?

„Mein allererster Job war in den Ferien Katalogzusteller bei der Deutschen Post. Da konnte man auch mal mit Warnblinker in der zweiten Reihe halten.“

Was macht Sie wütend?

„Dass man eine Geburtsurkunde vorlegen muss, nur um seinen neuen Personalausweis im Servicebüro abzuholen, obwohl der alte Ausweis noch gültig ist und man ja auch einen Pass besitzt, während Hunderttausende Flüchtlinge ohne jegliche Ausweispapiere in unser Land gelassen wurden und immer noch werden.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Bis April hätte ich spontan gesagt ‚das Wetter‘, aber das ist ja selbst aus norddeutscher Sicht nunmehr seit Anfang Mai nicht mehr zu beanstanden. Aber im Ernst: Finanzministerin Heinold kommt dank der guten Wirtschaftslage und der niedrigen Zinsen das Geld zu den Ohren raus. Mit den vielen Geldsäcken werden parteipolitische Gräben in Jamaika zugeschüttet anstatt endlich einmal konsequent zu sparen und deutlich mehr Schulden als bislang geplant zu tilgen. Deutlich höhere Tilgungsquoten sind übrigens anderen Bundesländern auch gelungen. Es wäre also jetzt der richtige Zeitpunkt, mehr Schulden zu tilgen und somit auch zukünftigen Landesregierungen einen finanziellen Handlungsspielraum zu gewährleisten. Die Zinsen werden nicht ewig so niedrig bleiben. Aber es sollte auch mehr Geld in Bildung investiert werden! Bei den Bildungsausgaben pro Schüler hat Schleswig-Holstein noch immer einen großen Nachholbedarf im direkten Vergleich mit anderen Bundesländern.“



Aminata Touré, Grüne,
geboren am 15. November 1992
in Neumünster, ledig, keine Kinder,
wissenschaftliche Mitarbeiterin

Welches Erlebnis hat Sie dazu gebracht, in die Politik zu gehen?

„Die Situation, selbst in Deutschland als Kind von Geflüchteten zu leben, und zu merken, dass einem viele Steine in den Weg gelegt werden. Die Situation von Geflüchteten zu verbessern war und ist mein Anspruch. Konkret 2017 innerhalb meiner Partei zu kandidieren lag stark daran, dass in Deutschland, aber auch in Europa, ein Rechtsruck stattgefunden hat. Dagegen vorzugehen mit grüner und linker Politik war mein Anspruch.“

Was wollten Sie als Kind werden?

„Botschafterin.“

Was war in der Schule Ihr Lieblingsfach?

„Geschichte und Deutsch.“

Was war ihr allererster Job?

„Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Deutschen Bundestag bei der Grünen-Bundestagsfraktion.“

Was macht Sie wütend?

„Wenn Menschen andere Menschen ausgrenzen.“

Was muss besser werden in Schleswig-Holstein?

„Ich lebe gerne in Schleswig-Holstein und empfinde dieses Bundesland als liberal. Ich möchte, dass es so bleibt, und kämpfe für ein weiterhin offenes Schleswig-Holstein.“



Douglas Askman unterrichtet Politikwissenschaft an der Universität Hawaii – und er ist Experte für Parlamentsgebäude. Neben den Parlamenten aller 50 US-Bundesstaaten hat er die meisten Volksvertretungen in Australien und Kanada bereist. Ende Mai besuchte er den Landtag und auch die Skulptur „Arbeitslampe“ auf dem Rasen vor dem Plenarsaal. Kiel war für ihn Station Nummer 14 auf der Liste der 16 deutschen Landesparlamente.



Zum Abschluss des bulgarischen „Länderabends“ Ende April (siehe S. 20) führte die Kieler Tanzgruppe „Mutawe“ Volkstänze aus dem Balkanland auf.



Ende Mai haben sechs Gouverneure und Senatoren aus Kenia das Landeshaus besucht. Die afrikanische Delegation sprach mit Landtagspräsident Klaus Schlie über das föderale System in Deutschland. Hintergrund: Seit einer Verfassungsänderung im Jahr 2010 hat die regionale Ebene in Kenia deutlich mehr Kompetenzen.

Zu Besuch im Landeshaus

Der beste Vorleser des Landes kommt von der Insel Föhr: Der zwölfjährige Jona Tophinke vom Gymnasium in Wyk gewann Mitte Mai den Landesentscheid des Vorlesewettbewerbs des Deutschen Buchhandels.

Auch Jonas fünf Konkurrenten lieferten starke Vorträge ab.



Um neue Technologien in der Kranken- und Altenpflege ging es beim Landespflegekongress Anfang Mai. Der an der Fachhochschule Kiel entwickelte Roboter „Emma“ bietet Hilfe für Demenzkranke.



Nr. 2/2018 C 2086

Falls Empfänger-Anschrift nicht mehr zu-
treffend, bitte diesen Abschnitt abtrennen
und korrigiert **zurücksenden an:**
Schleswig-Holsteinischer Landtag,
Referat für Öffentlichkeitsarbeit und
Veranstaltungsmanagement, L1410,
Postfach 7121, 24171 Kiel

Termine, Termine, Termine ...



▲ Die Urne aus der vor-
römischen Eisenzeit wurde im
Kreis Herzogtum Lauenburg
gefunden und ist heute im
Besitz des Archäologischen
Landesamtes in Schleswig.

► Der Commodore C64 aus
dem Jahr 1982 war einer der
ersten Computer für den
Hausgebrauch. Das Exemplar
gehört dem Computermuse-
um der Fachhochschule Kiel.

Ausstellung: „digiCULT-Verbund“ bewahrt alte und neue Kulturgüter

Kunstwerke und Alltagsgegenstände aus mehreren Jahrtausenden sind zurzeit im Landeshaus zu sehen – von Urnen aus der Eisenzeit bis zu frühen Computern. Das Gemeinsame: Die Museen, die die Exponate bewahren, haben sich zum „digiCULT-Verbund“ zusammengeschlossen. Diese Gemeinschaft von Wissenschaftlern und Archivaren mit Sitz in Kiel digitalisiert Kulturgüter und macht sie per Internet einem breiten Nutzerkreis verfügbar. Wie diese neue Technik funktioniert, wird ebenfalls erläutert.



Die Ausstellung ist noch
bis zum 22. Juli täglich von
10:00 bis 18:00 Uhr geöff-
net. Der Eintritt ist frei.
Eine Anmeldung ist nicht
erforderlich, bitte bringen
Sie Ihren Personalausweis
mit.

Neuer Bürgerpreis geht an den Start

Der Landtag und der Sparkassen- und Giroverband führen den Bürgerpreis auf Landesebene fort. In diesem Jahr werden junge Ehrenamtler unter 27 Jahren sowie „Alltagshelden“ ausgezeichnet. Außerdem gibt es eine neue Kategorie, den „Demokratiepreis“. Unter dem Motto „Zusammenhalt in der Gesellschaft“ können Personen und Projekte sich selbst bewerben oder vorgeschlagen werden. **Einsendeschluss ist der 8. Juli.**

Der Bürgerpreis auf Bundesebene, den der Deutsche Sparkassen- und Giroverband seit 2003 ausgeschrieben hatte, wurde Ende letzten Jahres nach 15 Jahren eingestellt. „Dieser Preis ist aber zu einer festen Institution für das Ehrenamt im Land geworden“, erklärte Parlamentspräsident Klaus Schlie Mitte Juni. Deswegen führen Landtag und Sparkassen die Auszeichnung auf Landesebene weiter. Die Sparkassen stellen insgesamt 32.000 Euro als Preisgeld bereit, die Sieger der drei Kategorien erhalten je 3.000 Euro.

Neu ist der „Demokratiepreis“, den der Landtag stiftet. Es gehe darum, „auf den Kern der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und des sozialen Rechtsstaates hinzuweisen“, so Schlie. Die Jury, bestehend aus dem Landtagspräsidenten sowie seinen Stellvertretern und dem Präsidenten des Sparkassen- und Giroverbandes, soll eine Person oder eine Institution würdigen, die sich in außergewöhnlicher Weise um das Gemeinwohl verdient gemacht hat.

Unter www.buergerpreis-schleswig-holstein.de sind Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen verfügbar. Die Preisverleihung ist für den 5. November in Kiel geplant. Unterstützt wird der Bürgerpreis vom NDR als Medienpartner.

„Jugend im Landtag“ trifft sich Ende November

Am Wochenende vom 23. bis zum 25. November lädt der Landtag wieder Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein ins Landeshaus ein. Das alljährliche Treffen der „Jugend im Landtag“ findet bereits zum 32. Mal statt. Junge Leute zwischen 15 und 20 diskutieren miteinander, erarbeiten Anträge und fassen Beschlüsse. Der Forderungskatalog der Jugendlichen wird dann der „großen“ Politik zur Stellungnahme vorgelegt. „Echte“ Politiker fungieren als Berater. Wer die Debatten journalistisch begleiten möchte, kann im Pressteam mitarbeiten.

Interessierte können sich bei Susanne Keller vom Besucherdienst bewerben.

Tel.: 0431/988-1118 oder: susanne.keller@landtag.ltsh.de

Die Bürgerbeauftragte vor Ort

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, ist auch im Sommer wieder im Lande unterwegs, um Bürger vor Ort zu beraten.

Donnerstag, 5. Juli: Lübeck

Dienstag, 17. Juli: Heide

Donnerstag, 2. August: Lübeck

Dienstag, 21. August: Heide

Donnerstag, 6. September: Lübeck

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 17:00 Uhr.

Termine in **Heide** im Rathaus, Postelweg 1, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 0431/988-1240.

Hinzu kommen die regelmäßigen „Dienstleistungsabende“ in **Kiel**, Karolinenweg 1: **jeden Mittwoch** von 15:00 bis 18:30 Uhr.